Die
Bundesregierung

Leitlinien zum Indo-Pazifik

DEUTSCHLAND – EUROPA – ASIEN

DAS 21. JAHRHUNDERT GEMEINSAM GESTALTEN

Die
Bundesregierung

Leitlinien zum Indo-Pazifik

DEUTSCHLAND – EUROPA – ASIEN

DAS 21. JAHRHUNDERT GEMEINSAM GESTALTEN

Vorwort

COVID-19 hat vieles auf der Welt durcheinandergebracht und bewährte Gewissheiten in Frage gestellt. Gleichzeitig hat die Pandemie Trends verstärkt, die sich bereits zuvor abzeichneten. Dazu zählen die wachsende wirtschaftliche und politische Bedeutung Asiens und die sich verhärtende strategische Rivalität zwischen den USA und China. Bereits heute ist abzusehen: Mehr als irgendwo sonst entscheidet sich die Ausgestaltung der internationalen Ordnung von morgen im Indo-Pazifik.

Als global agierende Handelsnation und Verfechter einer regelbasierten internationalen Ordnung darf Deutschland sich im Angesicht dieser dynamischen Entwicklung nicht mit einer Zuschauerrolle begnügen. In vielen Bereichen der bilateralen Zusammenarbeit haben wir einen hervorragenden Ruf und besetzen wichtige Themen wie Klima- und Umweltschutz, erneuerbare Energien und Berufsbildung. Zu einer Reihe von Ländern in der Region unterhält Deutschland Strategische Partnerschaften mit einer großen Schnittmenge gemeinsamer Interessen.

Wir müssen jedoch weitergehen. Der Wohlstand unserer Gesellschaft hängt von offenen Seewegen, physischer und digitaler Konnektivität und der Teilhabe an funktionierenden Wachstumsmärkten ab. Eine neue Bipolarität mit neuen Trennlinien quer durch den Indo-Pazifik würde diesen Interessen entgegenwirken. Stattdessen müssen wir unsere Beziehungen in die Region weiter diversifizieren – sowohl geographisch als auch thematisch.

Deutschland muss sich noch stärker mit existenziellen Sicherheitsbelangen seiner bewährten Partner auseinandersetzen, sich an der Formulierung von Antworten beteiligen und konkrete Beiträge leisten – durch Vermittlung von Erfahrung und Expertise, durch eine verantwortungsvolle Rüstungsexportkontrolle, die auch die strategische Qualität der Beziehungen zu den Ländern der Region in Rechnung stellt, durch rüstungskontrollpolitische Initiativen, aber auch durch die Beteiligung an Übungen sowie an kollektiven Sicherungsmaßnahmen zum Schutz der regelbasierten Ordnung in Umsetzung von Resolutionen der Vereinten Nationen.

So dynamisch sich der Indo-Pazifik entwickelt, so schwach ist dieser Raum institutionell und normativ durchdrungen. Was uns seit Jahrzehnten prägt – die Einbettung in die Europäische Union, in gesamteuropäische Institutionen wie die OSZE mit ihrem umfassenden Sicherheitsbegriff, den Europarat zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie sowie die NATO als Bündnis kollektiver Verteidigung –, ist im Indo-Pazifik, wenn überhaupt, nur sehr partiell vorhanden. Gleichwohl gibt es vielfältige Initiativen und – insbesondere in Gestalt des Verbands Südostasiatischer Staaten (ASEAN) – vielversprechende strukturelle Ansätze.

Wir haben ein hohes Interesse an der Förderung multilateraler Herangehensweisen in der Region und vor allem an einer Stärkung ASEANs – im Sinne der Festigung einer multilateral eingebetteten, regelbasierten Multipolarität in der Region. Hierzu möchte ich auch im Rahmen der gemeinsam mit meinem französischen Kollegen initiierten Allianz für den Multilateralismus beitragen. Gleichzeitig unterstützt die Bundesregierung die EU-Kommission bei der Aushandlung von Freihandelsverträgen – sowohl mit Einzelstaaten der Region als auch perspektivisch mit ASEAN insgesamt.

Je stärker wir unseren Ansatz zum Indo-Pazifik europäisch einbetten, desto erfolgreicher werden wir sein. Deutschland unterstützt den Ausbau des europäischen Engagements in der Region und strebt eine enge Abstimmung mit europäischen Partnern an. Diese Leitlinien können und sollen zu einer künftigen EU-Strategie zum Indo-Pazifik beitragen. Im Rahmen unserer laufenden EU-Ratspräsidentschaft werde ich mich hierfür einsetzen.

Die Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik sind ein zukunftsorientierter, strategischer Wegweiser für die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik zum Indo-Pazifik. Ich wünsche mir, dass sie eine Diskussion in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft anregen und zu einem intensiven Austausch mit unseren Partnern in der Region führen.

Heiko Maas
Bundesminister des Auswärtigen

Inhalt

I Zusammenfassung ... 6

Interessen ... 9

Prinzipien ... 11

Initiativen ... 13

II Gestaltungsfelder ... 20

Multilateralismus stärken ... 23

Dem Klimawandel entgegentreten und die Umwelt schützen ... 29

Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken ... 35

Für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eintreten ... 41

Regelbasierten, fairen und nachhaltigen Freihandel stärken ... 47

Räume und Märkte regelbasiert vernetzen und digital transformieren ... 53

Menschen über Kultur, Bildung und Wissenschaft zusammenbringen ... 59

III Aufstellung Deutschlands im Indo-Pazifik ... 62

Deutsche Auslandsvertretungen im Indo-Pazifik ... 64

Wirtschaft ... 65

Deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ... 66

Kultur und Bildung ... 67

Wissenschaft ... 68

I Zusammenfassung

Interessen *9*

Prinzipien *11*

Initiativen *13*

Mit dem Aufstieg Asiens verschieben sich die politischen und ökonomischen Gewichte zunehmend in den indo-pazifischen Raum. Die Region wird zum Schlüssel für die Ausgestaltung der internationalen Ordnung im 21. Jahrhundert.

Der Indo-Pazifik hat keine klar definierte geografische Ausdehnung. Er wird von unterschiedlichen Akteuren unterschiedlich definiert. Die Bundesregierung versteht unter dem Indo-Pazifik die Gesamtheit des vom Indischen Ozean und vom Pazifik geprägten Raums. Hier konkurrieren strategische Projektionen und verflechten sich globale Wertschöpfungsketten.

Die Region hat eine im Weltmaßstab junge, gut ausgebildete Bevölkerung und blickt insgesamt auf ein jahrzehntelanges beachtliches Wirtschaftswachstum zurück. Mit China, Japan und den USA sind die drei größten Volkswirtschaften der Welt Pazifikanrainer. In wenigen Jahren könnte mit Indien eine weitere Macht des indo-pazifischen Raumes zur Nummer 4 aufrücken. 20 von 33 Megastädten weltweit befinden sich in dieser Region. Mit wachsender Wirtschaftsleistung werden die Länder der Region zunehmend selbstbewusste Partner in der internationalen Zusammenarbeit einschließlich des Kampfes gegen den Klimawandel und den weltweiten Verlust der biologischen Vielfalt.

Obwohl die Mehrzahl der Staaten des Indo-Pazifiks ein relativ hohes Maß an innerer Stabilität aufweist, ist das Gesamtgefüge der Region angesichts erheblicher Machtverschiebungen und wachsender Differenzen in Bewegung. Zurückliegende Konflikte wirken sich bis heute auf die Stabilität aus. Der Raum ist institutionell und normativ wenig durchdrungen und von stark zunehmenden Rüstungsdynamiken geprägt.

Immer mehr Regierungen, Organisationen und Institutionen weltweit machen den Indo-Pazifik zum konzeptionellen Referenzrahmen und damit zur Grundlage ihrer Politik, so etwa Japan, die USA, Indien, Australien, Frankreich oder auch der Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN). Sämtliche Indo-Pazifik-Konzeptionen nehmen Bezug auf die regelbasierte internationale Ordnung. Sie unterscheiden sich jedoch in Zielsetzung, Gewichtung unterschiedlicher Politikfelder, Stellenwert multilateraler Ansätze und vor allem in der Frage der Einbeziehung Chinas als Regionalmacht und aufstrebender Weltmacht, die Regeln der internationalen Ordnung stellenweise in Frage stellt.

Als global agierende Handelsnation und Verfechter einer regelbasierten internationalen Ordnung hat Deutschland – eingebettet in die Europäische Union – ein hohes Interesse, an den Wachstumsdynamiken Asiens zu partizipieren und an der Gestaltung des Indo-Pazifiks sowie der Umsetzung globaler Normen in regionalen Strukturen mitzuwirken. Umso wichtiger ist die Selbstvergewisserung über Interessen und Prinzipien sowie die zentralen Gestaltungsfelder deutscher Politik in der Region. Die vorliegenden Leitlinien sollen dies leisten.

Die Leitlinien sollen Anknüpfungspunkte und Angebote für die Zusammenarbeit mit Partnern in der Region aufzeigen und zu einer künftigen EU-Gesamtstrategie beitragen.

Interessen

In ihrer Politik zum Indo-Pazifik lässt sich die Bundesregierung von folgenden Interessen leiten:

→ **Frieden und Sicherheit:** Im indo-pazifischen Raum liegen mit China, Indien und Pakistan drei Nuklearmächte, ferner Nordkorea mit einem Nuklearwaffenprogramm; hinzu kommen die USA und Russland als Pazifikanrainer sowie Frankreich und Großbritannien mit indo-pazifischen Territorien. Neben zunehmenden geopolitischen Spannungen und offen ausgetragenen Machtrivalitäten gibt es zahlreiche umstrittene Grenzverläufe, schwelende innere und grenzüberschreitende Konflikte mit erheblichen Flüchtlingsbewegungen sowie Netzwerke des regionalen und des internationalen Terrorismus, die sich negativ auf die globale Stabilität sowie auf unsere Interessen in der Region auswirken können.

→ **Diversifizierung und Vertiefung der Beziehungen:** Verlässliche Partnerschaften sind Grundlage für wirksames und nachhaltiges Handeln im 21. Jahrhundert. Bereits heute unterhält Deutschland freundschaftliche Beziehungen zu fast allen Staaten des Indo-Pazifiks, mit einigen Staaten auch strategische Partnerschaften. Die Bundesregierung wird ihre Beziehungen sowohl geografisch als auch thematisch weiter diversifizieren – zur Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten und zur stärkeren Verflechtung mit den Kraftzentren von morgen. Bestehende Schwerpunkte der Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Handel, Investitionen und Entwicklung müssen strategisch ausgebaut werden. Gleichzeitig muss es künftig um eine Stärkung der politischen Dimension der Beziehungen gehen – bis hin zu einer intensiveren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Dabei kommt dem Schulterschluss mit den Demokratien und Wertepartnern der Region besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig wird die Bundesregierung die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft intensivieren.

→ **Weder Unipolarität noch Bipolarität:** Hegemoniale Vereinnahmung, aber auch die Verfestigung bipolarer Strukturen würden einen Ansatz vertiefter und diversifizierter Partnerschaften in der Region gefährden. Kein Land soll – wie in Zeiten des Kalten Krieges – vor die Wahl gestellt werden, sich zwischen zwei Seiten entscheiden zu müssen, bzw. in einseitige Abhängigkeiten geraten. Die freie Wahl über die Zugehörigkeit zu wirtschaftlichen und (sicherheits-)politischen Strukturen ist für Länder des indo-pazifischen Raums zentral.

→ **Offene Seewege:** Mehr als 90 Prozent des weltweiten Außenhandels werden auf dem Seeweg abgewickelt, davon ein Großteil über den Indischen und Pazifischen Ozean. Bis zu 25 Prozent des seewärtigen Welthandels gehen durch die Straße von Malakka: Auf täglich mehr als 2.000 Schiffen werden durch dieses Nadelöhr Handelsgüter zwischen dem Indischen Ozean und dem Südchinesischen Meer transportiert. Eine Beeinträchtigung dieser Seehandelswege und damit der Lieferketten von und nach Europa hätte gravierende Folgen für Wohlstand und Versorgung unserer Bevölkerung.

→ **Offene Märkte und Freihandel:** Der Anteil der Länder Südasiens, Südostasiens, Ostasiens sowie Australiens und Neuseelands am deutschen Warenhandelsaustausch ist während der vergangenen Jahrzehnte konstant angestiegen und beläuft sich mittlerweile auf über 20 Prozent bzw. auf knapp 420 Mrd. EUR (2019). Die Direktinvestitionen in der Region steigen seit Jahren überproportional im Verhältnis zu den gesamten deutschen Auslandsinvestitionen. Von diesen Handels- und Investitionsbeziehungen hängen in Deutschland Millionen Arbeitsplätze ab. Angesichts des großen Potentials hat Deutschland ein vitales Interesse an offenen Märkten in der Region. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass regelbasierter Freihandel zu Wohlstandsgewinnen auf beiden Seiten führt. Sie unterstützt die Stärkung des

multilateralen Handelssystems mit der WTO im Zentrum sowie inklusive und nachhaltig gestaltete Freihandelsabkommen im indo-pazifischen Raum und setzt sich für deren Abschluss durch die EU ein.

→ **Digitalisierung und Konnektivität:** Wirtschaftswachstum und Wohlstand hängen mehr denn je vom Vernetzen von Räumen, Märkten und Maschinen und dem Aufbau von Schlüsseltechnologien ab. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands unterstützt die Bundesregierung einen Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich Digitalisierung und Schlüsseltechnologien. Die Länder des Indo-Pazifiks sind hierbei attraktive Partner. Technische, sicherheitspolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Risiken müssen in der Zusammenarbeit mit der Region berücksichtigt werden. Beim Ausbau von Konnektivität gilt es, einen fairen Wettbewerb zuzulassen, eine Überschuldung der Empfängerstaaten zu vermeiden sowie Transparenz und Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

→ **Schutz unseres Planeten:** Das rasante Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahrzehnte im indo-pazifischen Raum hat breiten Bevölkerungsschichten große Wohlstandsgewinne ermöglicht. Die steigenden Emissionen tragen jedoch – genauso wie das teilweise immer noch hohe Bevölkerungswachstum und die massive Urbanisierung – zur weiteren Belastung des Weltklimas und der Ökosysteme unseres Planeten bei. Diese Entwicklung belastet die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und führt in vielen Ländern des Indo-Pazifiks zu sozialen Verwerfungen und in der Konsequenz zu irregulärer Migration – auch nach Europa. Im Interesse künftiger Generationen muss es darum gehen, das Wachstum auch im indo-pazifischen Raum umweltfreundlich und sozialverträglich zu gestalten, die Naturressourcen nachhaltig zu bewirtschaften, die einzigartige Biodiversität zu bewahren und mit den Herausforderungen der Urbanisierung umzugehen.

→ **Zugang zu faktenbasierter Information:** In Zeiten wachsender Bedeutung sozialer Medien ist Kommunikation auch in der indo-pazifischen Region ein effektives Instrument der Außenpolitik. Autoritäre Akteure nutzen Kommunikation intensiv, um Zivilgesellschaften zu manipulieren und zu beeinflussen. Der erheblichen Verbreitung von Desinformation in der Region tritt die Bundesregierung durch die Stärkung des Angebots faktenbasierter Informationen entgegen.

Prinzipien

In ihrer Politik zum Indo-Pazifik sind für die Bundesregierung folgende Prinzipien maßgeblich:

→ **Europäisches Handeln:** Durch ein einiges und kohärentes Auftreten können die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Interessen besser wahren und durchsetzen. Ausgehend von ihrer „Globalen Strategie" aus dem Jahr 2016 konzentriert die EU ihr Handeln auf ein stärkeres sicherheitspolitisches Engagement, eine ambitionierte Handels- und Entwicklungspolitik und die Umsetzung der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie. Die vorliegenden Leitlinien sollen auch einen Beitrag zur Erarbeitung einer europäischen Strategie zum Umgang mit dem Indo-Pazifik leisten.

→ **Multilateralismus:** Stärkere politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vernetzung in und mit der Region führt zu einer Minderung einseitiger Abhängigkeiten, bewahrt Handlungsfähigkeit und Souveränität. Deutschland und die EU setzen auf die enge Einbindung der Region in multilaterale Organisationen und Gruppen wie G20 und die Förderung regionaler multilateraler Strukturen im Rahmen eines Netzwerks von Partnerschaften, soweit sie – wie im Fall ASEAN – auf Gleichberechtigung der teilnehmenden Staaten beruhen. Fortschritte im Klima- und Umweltschutz, beim regelbasierten Handel, bei Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie beim Schutz von Menschenrechten lassen sich am wirksamsten durch multilaterale Vereinbarungen erzielen.

→ **Regelbasierte Ordnung:** Auch im indo-pazifischen Raum darf nicht das Recht des Stärkeren, sondern muss die Stärke des Rechts den Ausschlag geben. Dies gilt auch für die Schifffahrtswege durch den Indischen Ozean und den Pazifik. Das VN-Seerechtsübereinkommen als umfassender maritimer Ordnungs- und Kooperationsrahmen und die darin festgeschriebenen Schifffahrtsfreiheiten haben universelle Geltung. Deutschland ist bereit, einen Beitrag zur Durchsetzung von Regeln und Normen in der Region zu leisten. Auch in anderen Bereichen wie Umwelt, Arbeit und Handel, Umgang mit Pandemien, Menschenrechte oder Rüstungskontrolle lassen sich Fortschritte am ehesten durch regionale oder internationale Regelwerke und Strukturen erzielen.

→ **Entwicklungsziele der Vereinten Nationen:** Die Bundesregierung bekennt sich zur Agenda 2030 mit den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals). Sie setzt sich insbesondere für ein menschenwürdiges Leben, Bildung für alle, menschenwürdige Arbeit, und für eine dauerhafte Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein. Geschlechtergerechtigkeit sowie Stärkung und Förderung von Frauen sind von zentraler Bedeutung, um Armut zu reduzieren. Daneben wird die Politik der Bundesregierung im indo-pazifischen Raum geleitet von den Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris zum Klimaschutz sowie dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt.

→ **Menschenrechte:** Die Bundesregierung respektiert die jeweils eigene Geschichte und Kultur der Länder des Indo-Pazifiks. Gleichzeitig setzt sie sich für die Durchsetzung der universellen und unteilbaren Menschenrechte ein. Wirtschaftliche Entwicklung und Achtung von Menschenrechten stehen nicht im Widerspruch zu einander. Es sind komplementäre Ziele, die eines gesamtheitlichen Ansatzes bedürfen.

→ **Inklusivität:** Von Frieden, Sicherheit und Stabilität kann die indo-pazifische Region nur dann profitieren, wenn alle Staaten des Raumes gleichermaßen dazu beitragen. Die Bundesregierung unterstützt inklusive, regionale Initiativen der Zusammenarbeit. Sie hält – nicht zuletzt angesichts der starken Verflechtung der Volkswirtschaften und der Komplexität globaler Herausforderungen wie Klimawandel,

Friedenssicherung und fragile Staatlichkeit – Eindämmungs- und Entkoppelungsstrategien für nicht zielführend. Die ASEAN-zentrierte Sicherheitsarchitektur schafft einen wertvollen Rahmen für die Einbindung wichtiger Akteure.

→ **Partnerschaft auf Augenhöhe:** Die Politik der Bundesregierung zielt nicht nur darauf ab, Beziehungen zu den Akteuren der Region zu intensivieren. Vielmehr soll es künftig vermehrt gelingen, im Sinne der gemeinsamen Wahrnehmung globaler Verantwortung mit Staaten des Indo-Pazifiks in Drittländern partnerschaftlich und auf Augenhöhe zu kooperieren. Dies bietet sich insbesondere im Fall überlappender Interessen und in Gruppen wie G20 an und setzt eine Bereitschaft der Partnerländer voraus.

Initiativen

Multilateralismus stärken

→ Die Bundesregierung wird ihr **Engagement gegenüber ASEAN** strategisch aufstellen und intensivieren. Hierzu wird sie:

- ihre Zusammenarbeit mit **ASEAN-Institutionen** ausbauen und die Unterstützung des **ASEAN-Sekretariats** fortsetzen,
- eine Aufwertung ihrer Beziehungen zu ASEAN von einer Entwicklungspartnerschaft zu einer **Dialogpartnerschaft** anstreben,
- einen **Beobachterstatus beim ASEAN-Verteidigungsministertreffen Plus** (ADMM+) anstreben,
- das **klimapolitische Profil** ihrer Zusammenarbeit mit ASEAN über Vorhaben in den Bereichen Biodiversitätsschutz, Meeresmüll, urbane Klimaresilienz und nachhaltige städtische Mobilität stärken,
- die **entwicklungspolitische Zusammenarbeit** mit ASEAN zur Förderung der regionalen Integration, Berufsbildung sowie in den Bereichen Umwelt und Klimaschutz ausbauen.

→ Die Bundesregierung wird, in enger Abstimmung mit ihren EU-Partnern, die **Rolle der EU als Partner von ASEAN** stärken. Hierzu wird sie:

- für eine zeitnahe Aufwertung der EU-ASEAN-Beziehungen zu einer **Strategischen Partnerschaft** werben,
- sich für einen Ausbau des sicherheitspolitischen Engagements der EU in den **sicherheitspolitischen Foren ASEANs** einsetzen und dieses Engagement durch konkrete Projekte flankieren.

→ Die Bundesregierung wird ihre Zusammenarbeit mit **weiteren Regionalinstitutionen** des Indo-Pazifiks intensivieren. Hierzu wird sie:

- als Dialogpartner des **Pacific Islands Forum** (PIF) Gipfeltreffen hochrangig wahrnehmen und weitere Projekte fördern,
- die Umsetzung des Strategischen Plans 2021–2025 der **Mekong River Commission** (MRC) unterstützen,
- **Asien-Europa-Treffen** (ASEM) als Plattform zum Austausch zu aktuellen und strategischen Themen nutzen und zu einem konstruktiven Austausch beitragen,
- die finanzielle Förderung der **Asia-Europe Foundation** (ASEF) fortsetzen, um zivilgesellschaftliche Begegnung und Zusammenarbeit zwischen Europa und Asien in den Bereichen Journalismus, Menschenrechte und Kunst auszubauen,
- mit der **Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation** (BIMSTEC) den Austausch intensivieren und möglichst institutionalisieren, dabei an bestehende Projekte wie zur Maritimen Governance mit Sri Lanka anknüpfen,
- die Zusammenarbeit mit der **Indian Ocean Rim Association** (IORA) in den Bereichen Wirtschaft, maritime Sicherheit sowie Katastrophen- und Risikomanagement ausbauen.

→ Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit Partnern des Indo-Pazifiks für die Wahrung der **regelbasierten Ordnung** einsetzen. Hierzu wird sie:

- sich gemeinsam mit Indien und Japan dafür engagieren, dass das Vorhaben zur **Reform** und **Stärkung der Handlungsfähigkeit des VN-Sicherheitsrates** zu einem erfolgreichen Abschluss geführt wird,
- sich gemeinsam mit Partnern im Indo-Pazifik für eine starke Rolle des **Internationalen Währungsfonds** (IMF) und der **Weltbank** sowie eine Stärkung und Reform der **Welthandelsorganisation** (WTO) einsetzen,
- sich gemeinsam mit Partnern im Indo-Pazifik für eine **Stärkung der Weltgesundheitsorganisation** (WHO) sowie einen **Lessons-Learned-Prozess** und für eine Stärkung multilateraler Strukturen zur Pandemiebewältigung und -prävention einsetzen,
- im Indo-Pazifik verstärkt für die deutsch-französische Initiative **Allianz für den Multilateralismus** werben – auch durch Berücksichtigung von Themen, die eine besondere Relevanz für die Region haben.

→ Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit Frankreich für die Erarbeitung einer **europäischen Strategie** zum Umgang mit dem Indo-Pazifik einsetzen.

Dem Klimawandel entgegentreten und die Umwelt schützen

→ Die Bundesregierung wird ihre **Zusammenarbeit** im Indo-Pazifik in den Bereichen **Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Schutz der Biodiversität, erneuerbare Energien und Energieeffizienz** intensivieren. Hierzu wird sie:

- für eine **substantielle Emissionsminderung** werben und die Bemühungen der EU unterstützen, gemeinsam mit China, Indien und anderen Staaten der Region Klimaschutzverpflichtungen zu erreichen, die über die bisherigen Zusagen hinausgehen,
- ihre **Unterstützung für die pazifischen Inselstaaten** und weitere besonders betroffene Staaten der Region beim Umgang mit klimawandelbedingten Risiken, einschließlich Sicherheitsrisiken ausbauen,
- die bilaterale und regionale Zusammenarbeit im Bereich **Meeresvermüllung** und bei entwicklungspolitischen Projekten im Bereich **Meeresschutz** ausbauen,
- im Sinne der „Leitlinien der Bundesregierung zur Förderung von **entwaldungsfreien Lieferketten von Agrarrohstoffen**“ von 2020 konkrete Vorhaben auf- und ausbauen sowie Dialogformate mit Produzenten- und Konsumentenländern im Indo-Pazifik unterstützen,
- Projekte zu **emissionsarmer und nachhaltiger Palmöl-Entwicklung** mit Schwerpunktländern ausbauen,
- die Integration **ökosystembasierter Anpassungsmaßnahmen** in nationale Anpassungsstrategien fördern,
- den **Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt** durch konkrete Projekte fördern und die Partnerländer bei der Entwicklung und Umsetzung nationaler Biodiversitätsstrategien unterstützen,
- die Zusammenarbeit zu **Grünem Wasserstoff**, insbesondere mit Australien ausbauen,

- Projekte gegen Wilderei und den illegalen **Wildtierhandel** unterstützen und sich für ein Verbot bestimmter Formen des Handels von Wildtieren zum Verzehr einsetzen,

- die enge Zusammenarbeit mit Indien im Bereich **Klimaschutz, Klimaanpassung und erneuerbare Energien** intensivieren und der gemeinsam von Indien und Frankreich initiierten „International Solar Alliance“ beitreten,

- im Rahmen der **Powering Past Coal Alliance** gemeinsam mit weiteren Mitgliedstaaten und Partnern den Ausstieg aus der Kohleverstromung sowie die Beendigung der Finanzierung von Kohlekraftwerken durch asiatische Staaten vorantreiben,

- bestehende **Energiepartnerschaften** ausbauen und neue Partnerschaften, insbesondere im südostasiatischen Raum, eingehen.

→ Die Bundesregierung wird ihr **multilaterales Engagement** im Bereich Klima- und Umweltschutz mit dem Indo-Pazifik ausbauen. Hierzu wird sie:

- den **Grünen Klimafonds** kumulativ mit 2,25 Mrd. EUR und damit als einer der größten Geldgeber unterstützen,

- sich für ein ambitioniertes globales **Rahmenwerk für den Erhalt der biologischen Vielfalt** nach 2020 im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) einsetzen und dessen Umsetzung gemeinsam mit Partnern des Indo-Pazifiks vorantreiben, auch in enger Kooperation mit China im Rahmen der nächsten Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Kunming (CoP 15),

- die enge Zusammenarbeit mit einer Vielzahl an Ländern im Indo-Pazifik, insbesondere mit den Pazifischen Inseln, in der multilateralen **Freundesgruppe Klima und Sicherheit** fortsetzen und sich gemeinsam dafür einsetzen, die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels systematisch in der Arbeit der Vereinten Nationen zu verankern,

- aufbauend auf den **„Berlin Call for Action“** von 2019 das Format der Berlin Climate and Security Conference fortführen und etablieren,

- im Rahmen der **Amsterdam Declarations Partnership** mit waldreichen Ländern des Indo-Pazifiks für eine nachhaltigere Palmöl- und Kautschukproduktion eng zusammenarbeiten.

Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken

→ Die Bundesregierung wird ihr **sicherheitspolitisches Engagement** im Indo-Pazifik ausweiten. Hierzu wird sie:

- sich an Maßnahmen zu Schutz und Sicherung der regelbasierten Ordnung im Indo-Pazifik wie etwa der **Sicherung der Prinzipien des VN-Seerechtsübereinkommens** oder auch der **Überwachung der VN-Sanktionen gegen Nordkorea** beteiligen,

- die **sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation** in der Region mit ihren Partnern ausbauen. Dies kann die Teilnahme an sicherheitspolitischen Foren, die Teilnahme an Übungen in der Region, gemeinsame Evakuierungsplanungen, die Entsendung von Verbindungsoffizieren sowie verschiedene Formen maritimer Präsenz umfassen,

- dem regionalen Kooperationsabkommen zur Bekämpfung von Piraterie und bewaffnetem Raub gegen Schiffe in Asien **ReCAAP** beitreten, um aktiv an der Bekämpfung von Piraterie im indo-pazifischen Raum mitzuwirken,

- über konkrete Projekte zum internationalen Seerecht einen substantiellen und rechtsverbindlichen Verhaltenskodex – **Code of Conduct** – zwischen China und den ASEAN-Mitgliedstaaten für das Südchinesische Meer unterstützen,
- die sicherheitspolitischen Kooperationsformate von **ASEAN** unterstützen und auf diese Weise auch die sicherheitspolitische Rolle der EU stärken,
- sich innerhalb der **NATO** für den Ausbau der Beziehungen zu den „Partners Across the Globe" (u. a. Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea) einsetzen,
- die **bilaterale Verteidigungszusammenarbeit** im Einklang mit exportkontrollpolitischen Verpflichtungen sowie unter Berücksichtigung der strategischen Qualität ihrer Beziehungen zu Ländern der Region pflegen,
- die **cybersicherheitspolitische Zusammenarbeit** und den Dialog mit Wertepartnern der Region (u. a. Singapur, Australien, Japan, Südkorea) ausbauen, um den Schutz der eigenen Informations- und Kommunikationssysteme, die kollektive Verteidigungsfähigkeit und Resilienz gegenüber wachsenden Bedrohungen im Cyber- und Informationsraum zu stärken,
- im Lichte der jeweiligen Bedarfslage weitere Länder des Indo-Pazifiks in die **Ertüchtigungsinitiative** einbeziehen,
- mehr Mittel für **Stabilisierung und Mediation** im Indo-Pazifik bereitstellen.

→ Die Bundesregierung wird weiterhin **Maßnahmen zur zivilen Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung** umsetzen. Hierzu wird sie:

- sich in bilateralen Projekten und mit der Zivilgesellschaft **gegen gewalttätigen Extremismus und für gesellschaftlichen Zusammenhalt** engagieren,
- entwicklungspolitisch an den **Ursachen von gewalttätigen Konflikten** arbeiten.

→ Die Bundesregierung wird ihr **rüstungskontroll- und exportkontrollpolitisches Engagement** im und mit dem Indo-Pazifik erhöhen. Hierzu wird sie:

- im Dialog mit der Nuklearmacht China als Vertragsstaat des **Nichtverbreitungsvertrags** auf Chinas Bereitschaft zu verifizierbarer **Rüstungskontrolle** und Vertrauensbildung hinwirken,
- die **Missile Dialogue Initiative** (MDI) sowie das Konferenzformat zum Umgang mit neuen Technologien (**„Capturing Technology. Rethinking Arms Control"**) unter Einbeziehung zentraler Akteure des Indo-Pazifiks ausbauen,
- sich für eine weitere Universalisierung des **Vertrags über den Waffenhandel** (Arms Trade Treaty ATT) in der bislang noch unterrepräsentierten indo-pazifischen Region einsetzen,
- die ASEAN-Staaten beim Kapazitätsaufbau in der **Exportkontrolle** und der Bekämpfung von Proliferationsfinanzierung unterstützen.

Für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eintreten

→ Die Bundesregierung wird sich für die **Stärkung der menschenrechtlichen Situation** in Ländern des Indo-Pazifiks und die **Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards** einsetzen. Hierzu wird sie:

- die **Meinungs- und Pressefreiheit fördern**, insbesondere über Expertise der Deutschen Welle, Mediendialoge, Journalistenschulungen zu Medienkompetenz, Qualitätsjournalismus und Meinungsvielfalt im indo-pazifischen Raum,

- durch regelmäßige Dialogformate **Religions- und Weltanschauungsfreiheit, religiöse Toleranz und Friedensverantwortung der Religionen** im Indo-Pazifik fördern,

- ihr Engagement im Bereich **„Wirtschaft und Menschenrechte“** kontinuierlich intensivieren und das Auslandsunterstützungsnetzwerk im Indo-Pazifik ausbauen,

- durch konkrete Projekte eine **lebendige Zivilgesellschaft** im indo-pazifischen Raum unterstützen und fördern.

→ Die Bundesregierung wird sich im **Dialog mit den Regierungen** im Indo-Pazifik im bilateralen Rahmen, auf Ebene der Europäischen Union (Menschenrechtsdialoge) sowie in multilateralen Foren, insbesondere dem VN-Menschenrechtsrat, **offen und kritisch austauschen**. Dabei wird sie sich auch für aus politischen Gründen Verfolgte einsetzen.

→ Die Bundesregierung wird die Verbreitung von **faktenorientierter Information** im indo-pazifischen Raum fördern und die **Resilienz gegen Desinformation** durch konkrete Projekte stärken. Hierzu wird sie ein **Regionales Deutschlandzentrum in Singapur** errichten.

→ Die Bundesregierung wird unter der Maßgabe der Reformwilligkeit des jeweiligen Staates und der Erfolgsaussichten der Maßnahmen weitere Projekte im Indo-Pazifik im Rahmen der **Rechtsstaatsförderung** unterstützen, insbesondere im Bereich Zugang zu „Recht für alle“.

Regelbasierten, fairen und nachhaltigen Freihandel stärken

→ Die Bundesregierung wird die Rahmenbedingungen zur **Diversifizierung und Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen** im indo-pazifischen Raum verbessern.

→ Die Bundesregierung wird die **Handelspolitik der EU** unterstützen und sich für eine Stärkung des multilateralen Handelssystems mit der Welthandelsorganisation (WTO) im Zentrum gemeinsam mit den Ländern im Indo-Pazifik einsetzen.

→ Die Bundesregierung wird die **Handelspolitik der EU** im Indo-Pazifik aktiv dabei unterstützen, bestehende Handels- und Investitionshemmnisse beidseitig abzubauen sowie verbindliche Regeln für Umwelt- und Sozialstandards, Klimaschutz sowie Wettbewerbspolitik, Staatsunternehmen, Subventionen und den Schutz geistigen Eigentums zu verankern. Hierzu wird sie:

- einen besseren **Marktzugang** für deutsche und europäische Produkte schaffen sowie **fairen Wettbewerb und Nachhaltigkeit** fördern,

- den im Kontext von COVID-19 erkennbaren Tendenzen der „Deglobalisierung“ entgegentreten und stattdessen die Diversifizierung von **Lieferketten** unterstützen,

- sich gemeinsam mit europäischen Partnern für zügige Fortschritte der Verhandlungen von **Freihandelsabkommen** der EU mit den jeweiligen Ländern im Indo-Pazifik einsetzen, insbesondere mit Neuseeland, Australien und Indonesien und in weiteren Schritten für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu einem EU-Freihandelsabkommen mit ASEAN,

- die **Modernisierung** bestehender Freihandelsabkommen voranbringen, insbesondere mit Südkorea,

- die Verhandlungen der EU für ein umfassendes und ambitioniertes **Investitionsabkommen mit China** unterstützen, um bestehende Marktzugangsasymmetrien abzubauen und faire und diskriminierungsfreie Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

→ Die Bundesregierung wird das **Engagement deutscher Unternehmen** im indo-pazifischen Raum flankieren. Hierzu wird sie:

- das Potential **strategischer Auslandsprojekte** künftig stärker und gezielter nutzen,

- einen Beitrag zum Ausbau des Konferenzformats der **Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft** als Flaggschiff deutscher Wirtschaftstätigkeit im Ausland leisten,

- das **Netz der Auslandshandelskammern** (AHK) unterstützen,

- **Berufsbildungskooperationen** im indo-pazifischen Raum ausweiten,

- sich im Rahmen des **Bündnisses für nachhaltige Textilien** weiter für mehr Nachhaltigkeit in der Textilindustrie, auch in Produktionsländern des Indo-Pazifiks, einsetzen.

→ Die Bundesregierung wird es **Studierenden, Fachkräften sowie Spezialistinnen und Spezialisten** gezielt erleichtern, zum Studium, zur Ausbildung oder Arbeitsaufnahme nach Deutschland **einzureisen** bzw. (zeitlich befristet) überzusiedeln, indem sie nach Möglichkeit personelle und organisatorische Kapazitäten bei der Prüfung von Visaanträgen und bei der Vergabe von Visa im Rahmen vorhandener Ressourcen weiter ausbaut.

Räume und Märkte regelbasiert vernetzen und digital transformieren

→ Die Bundesregierung wird die **Konnektivität zum und im Indo-Pazifik** ausbauen. Hierzu wird sie:

- sich gemeinsam mit EU-Partnern für eine zügige und umfassende **Implementierung der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie** auf EU-Ebene einsetzen,

- diese Strategie durch bilaterales Engagement flankieren und hierbei an bestehende Kooperationen anknüpfen, wie den **„Green Energy Corridors“** mit Indien,

- die EU bei der Umsetzung der **EU-Japan-Partnerschaft für nachhaltige Konnektivität** unterstützen,

- sich im Schulterschluss mit Partnern in der EU für eine intensivierte EU-ASEAN-Zusammenarbeit im Bereich Konnektivität und perspektivisch eine **EU-ASEAN-Konnektivitätspartnerschaft** einsetzen,

- sich für einen raschen Abschluss der Verhandlungen zu einem umfassenden Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und ASEAN (EU-ASEAN Comprehensive Air Transport Agreement **CATA**) einsetzen,

- für **hohe Standards und Nachhaltigkeit** bei Konnektivitätsprojekten eintreten,

- zur **Finanzierung** von Konnektivitätsvorhaben national und auf EU-Ebene beitragen.

→ Die Bundesregierung wird die **digitale Transformation** vorantreiben und mitgestalten. Hierzu wird sie:

- die Zusammenarbeit mit Ländern des Indo-Pazifiks im Bereich **Industrie 4.0** ausbauen,

- den bestehenden engen Austausch zur digitalen Transformation mit Australien, Japan, Südkorea intensivieren, **Chancen der digitalen Transformation** durch eine enge Kooperation mit Partnern wie Japan, Indien und Südkorea bei Forschung, Entwicklung und Standardisierung sowie durch Schulterschluss auf multilateraler Ebene besser nutzen,

- einen visionären Austausch jenseits von **5G** mit indo-pazifischen Partnerländern suchen.

→ Die Bundesregierung wird die **Wettbewerbsfähigkeit** Deutschlands bei **Schlüsseltechnologien** stärken. Hierzu wird sie:

- **Kooperationsmöglichkeiten** mit Ländern des Indo-Pazifiks zu Schlüsseltechnologien suchen, insbesondere mit Singapur, Australien, Südkorea und Japan, und sich dabei gemeinsam für eine verantwortungsvolle Nutzung dieser Technologien einsetzen.

→ Die Bundesregierung wird sich für die **digitale Souveränität** Deutschlands und der EU, insbesondere mit Blick auf den indo-pazifischen Raum, einsetzen und diese strategisch fördern.

Menschen über Kultur, Bildung und Wissenschaft zusammenbringen

→ Die Bundesregierung wird die Zusammenarbeit mit dem Indo-Pazifik im Bereich **Kultur, Bildung und Wissenschaft** ausbauen. Hierzu wird sie:

- sich mit den Innovationslandschaften im indo-pazifischen Raum enger vernetzen und hierbei sowohl an bestehende Strukturen wie dem **Indo-German Science and Technology Center in Neu Delhi** anknüpfen als auch diese als Vorbild für die Zusammenarbeit mit anderen Ländern der Region nutzen,

- **Fördermaßnahmen für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler** ausbauen, insbesondere für gemeinsame Forschungsvorhaben mit Wertepartnern im indo-pazifischen Raum im Bereich der strategischen und innovativen Zukunftsfelder,

- die **Chinesisch-Deutsche Hochschule** der Tongji-Universität, die **Vietnamesisch-Deutsche Universität** in Ho-Chi-Minh-Stadt sowie die **Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser** (DWIH) in Neu Delhi und Tokyo als Leuchtturmprojekte der deutschen Außenwissenschaftspolitik begleiten und unterstützen,

- sich im Rahmen der **Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik** für die Freiheit von Kulturschaffenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einsetzen und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die Unterstützung von Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffenden und das Engagement im Bereich der Kreativwirtschaft kontinuierlich begleiten,

- das Engagement für den **akademischen Austausch** und den **Kulturerhalt** im Indo-Pazifik gemeinsam mit Ländern der Region fortsetzen.

II Gestaltungsfelder

Multilateralismus stärken 22

Dem Klimawandel entgegentreten und die Umwelt schützen 28

Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken 34

Für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eintreten 40

Regelbasierten, fairen und nachhaltigen Freihandel stärken 46

Räume und Märkte regelbasiert vernetzen und digital transformieren 52

Menschen über Kultur, Bildung und Wissenschaft zusammenbringen 58

Multilateralismus stärken

Gerade in Zeiten zunehmender Machtrivalitäten und Spannungen kommt dem **Multilateralismus** eine besondere friedens- und stabilitätspolitische Rolle zu. Multilateralismus bedeutet, dass Staaten ihre eigenen Interessen in Abstimmung und mit Rücksicht auf andere Länder verfolgen. Dies setzt eine starke und breit verankerte regelbasierte Ordnung und eine effiziente und wirksame Zusammenarbeit in und mit internationalen Organisationen voraus.

Globale Herausforderungen wie Klimawandel, Armutsbekämpfung, Migration oder Pandemien können nur durch die internationale Gemeinschaft gemeinsam bewältigt werden. Der Kampf gegen die Verbreitung des Virus SARS-Cov2 zeigt, dass multilaterale Zusammenarbeit zur Lösung der drängenden Probleme der Gegenwart wichtiger ist denn je.

Der Gedanke des Multilateralismus leitet auch die Beziehungen Deutschlands zum Indo-Pazifik. Die Bundesregierung setzt in der Zusammenarbeit mit dieser Region auf enge Einbindung in **multilaterale Organisationen und Gruppen wie G20** sowie die Förderung **regionaler Strukturen**. Sie strebt eine Stärkung der Europäischen Union als strategischer Partner im indo-pazifischen Raum an.

Zentraler Akteur für multilaterales Handeln auf globaler Ebene ist und bleibt das **System der Vereinten Nationen** einschließlich seiner Sonderorganisationen und Gerichtsbarkeit. Bei der Reform der Vereinten Nationen kommt Akteuren aus dem indo-pazifischen Raum eine gewichtige Rolle zu: Mit China ist bislang ein Staat der Region im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als ständiges Mitglied vertreten. Gemeinsam mit Deutschland setzen sich mit Indien und Japan zwei indo-pazifische Staaten dafür ein, dass das Vorhaben zur **Reform und Stärkung der Handlungsfähigkeit des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen** zu einem erfolgreichen Abschluss geführt wird. Der Vorschlag zielt auf eine Erweiterung des VN-Sicherheitsrates ab, um seine Repräsentativität und damit seine fortgesetzte Autorität und Legitimität zu sichern.

Das Ausmaß der COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass sich G20 und die Vereinten Nationen auch mitten in einer globalen Gesundheitskrise handlungsfähig zeigen. Die Bundesregierung hält eine **Stärkung der WHO** als wichtigsten multilateralen Akteur im Gesundheitsbereich für erforderlich und findet hierfür bei G20 und im Indo-Pazifik wichtige Mitstreiter. Ein wichtiger Schritt ist ein von der WHO durchgeführter Lessons-Learned-Prozess, der zu einer weiteren Verbesserung des gemeinsamen Umgangs mit Pandemien führen soll.

Die Bundesregierung setzt sich im Lichte der **Erfahrungen mit der COVID-19-Krise** dafür ein, dass multilaterale Strukturen zur Pandemieprävention und Pandemiebewältigung gestärkt werden. Sie begrüßt es, dass sich viele Länder des Indo-Pazifiks für die Notwendigkeit eines multilateralen Ansatzes zu Stärkung und Schutz der Weltgesundheit aussprechen.

Als globale finanzpolitische Akteure leisten der **Internationale Währungsfonds** (IWF) und die **Weltbank** einen wichtigen Beitrag zur Stabilität des internationalen Währungssystems sowie zur Förderung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Bundesregierung unterstützt beide Finanzinstitutionen, besonders auch in ihrer kraftvollen Reaktion auf die COVID-19-Krise. Gemeinsam mit Partnern aus dem Indo-Pazifik setzt sich die Bundesregierung für die Stärkung und Reform der Welthandelsorganisation (WTO) als zentrale Säule der multilateralen, regelbasierten Handelsordnung ein, um den regelbasierten internationalen Handel wiederzubeleben, Lieferketten zu sichern und zur Erholung nach der Krise beizutragen.

Ein weiteres Element zur Stärkung der internationalen, multilateralen Zusammenarbeit ist die **Allianz für den Multilateralismus**, die Deutschland und Frankreich 2019 ins Leben gerufen haben. Über dieses neue, flexible und themenorientierte Netzwerk engagieren sich Staaten in verschiedenen Politikbereichen und treten für den Erhalt sowie die Weiterentwicklung der regelbasierten Ordnung ein. Eine

Vielzahl von Ländern des Indo-Pazifiks unterstützt das Engagement der Allianz für den Multilateralismus. Sie steht allen Staaten offen, die einen Beitrag zur Stärkung der regelbasierten Ordnung und deren künftiger Ausgestaltung leisten wollen.

Im Zentrum der **regelbasierten Ordnung** stehen insbesondere die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und weitere Menschenrechtskonventionen sowie Verträge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Im Indo-Pazifik mit seiner Prägung durch zwei große Ozeane und maritimen Konfliktlagen spielt die Integrität und Anwendung des geltenden Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen eine besondere Rolle.

Der Indische Ozean und der Pazifik eröffnen wichtige Transitstrecken für internationale Waren- und Rohstofftransporte. Etwa zwei Drittel des weltweiten Seehandels passiert auf Schiffen den Indo-Pazifik. Als Handelsnation hat Deutschland ein genuines Interesse an Sicherheit und Stabilität im indo-pazifischen Raum. Das **Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen SRÜ** von 1982 stellt den umfassenden, weltweit geltenden Rechtsrahmen für eine regelbasierte maritime Ordnung dar. Dies betrifft Seegebietsabgrenzungen und -nutzungen, maritime Zusammenarbeit sowie Streitbeilegungsverfahren (einschließlich des Internationalen Seegerichtshofs in Hamburg).

Im Lichte einer zunehmenden außenpolitischen Priorisierung kommt **regionalen Organisationen und Strukturen** eine wachsende Bedeutung zu. Zahlreiche Staaten befürchten eine neue Blockbildung, und damit einhergehend den Zwang, sich für eine Seite entscheiden zu müssen. Sie haben deshalb ein Interesse, ihre Beziehungen zu diversifizieren, beziehungsweise durch regionale Strukturen einer hegemonialen Vereinnahmung vorzubauen und ihre Entscheidungsautonomie zu wahren.

Der **Verband Südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations ASEAN)** ist die wirkungsvollste Regionalorganisation im Indo-Pazifik. Die Zusammenarbeit der zehn ASEAN-Mitgliedstaaten hat in Fragen von Wirtschaft, Handel und Konnektivität erheblichen Einfluss. Wegen seiner zentralen Lage spielt ASEAN für Sicherheit, Stabilität und Wohlstand im indo-pazifischen Raum eine wichtige Rolle.

Die Bundesregierung hat ein großes Interesse an der Stärkung der Handlungsfähigkeit von ASEAN (**„ASEAN Centrality“**) – auch als Kern einer über Südostasien hinausgehenden Vertrauensbildung und multilateral strukturierten Zusammenarbeit u. a. mit China, Japan, Südkorea, den USA, Russland, Indien und Australien.

Deutschland unterstützt die **Zusammenarbeit der EU mit ASEAN**, die als regionale Organisationen natürliche Partner sind. Seit dem Beginn der EU-ASEAN-Partnerschaft im Jahr 1977 hat die Beziehung eine so hohe Dichte erreicht, dass sich EU und ASEAN im Grundsatz auf eine Aufwertung zu einer **Strategischen Partnerschaft** verständigt haben. Dies bedeutet: Angleichung der Partnerschaft mit ASEAN an die Partnerschaften, die die EU z. B. mit China und Indien unterhält, regelmäßigere hochrangige Treffen, umfassende politische Zusammenarbeit. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass diese Aufwertung zügig umgesetzt wird.

Deutschland ist – als bislang einziger EU-Mitgliedstaat – seit 2016 sogenannter **Entwicklungspartner** von ASEAN. Im Rahmen dieser Partnerschaft trägt die Bundesregierung zu einer Stärkung des ASEAN-Sekretariats bei; daneben gibt es konkrete Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt und Klimawandel sowie regionale Wirtschaftsintegration, regelbasierter Freihandel, Konnektivität und maritime Sicherheit. Mit einer finanziellen Unterstützung von mehr als 97 Mio. EUR seit 2005 ist Deutschland der größte

bilaterale Geber für ASEAN innerhalb der EU und der fünftgrößte Geber weltweit.

Hierauf aufbauend und basierend auf gegenseitigem Vertrauen und Wertschätzung strebt die Bundesregierung eine weitere Intensivierung ihrer Zusammenarbeit mit ASEAN – inklusive eines regelmäßigen hochrangigen Austauschs zu regionalen und globalen Entwicklungen – im Rahmen einer sogenannten **Dialogpartnerschaft** an.

Mit dem 2020 vollzogenen Beitritt zum **Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien** von 1976 (Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia) hat sich Deutschland zum Verhaltenskodex von ASEAN mit den Grundprinzipien friedliche Konfliktlösung und Dialog bekannt und damit den Grundstein für eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit Südostasien im sicherheitspolitischen Bereich gelegt. Dieser Schritt dient der Bundesregierung als Grundlage für ein vertieftes sicherheitspolitisches Engagement in der Region.

Im Jahr 2019 hat ASEAN eine eigene Antwort auf die geostrategischen Herausforderungen im Indo-Pazifik formuliert. Mit dem **ASEAN Outlook on the Indo-Pacific** bringt ASEAN im Lichte wachsender Polarisierung in der Region sein Interesse an einer Diversifizierung seiner Partnerschaften zum Ausdruck und liefert einen wichtigen Baustein, um seine eigene Handlungsfähigkeit auch in Zukunft zu bewahren.

Das Herzstück der von ASEAN ausgehenden überregionalen Sicherheitsarchitektur ist der **East Asia Summit EAS**. Er bringt als einziger Gipfel im indo-pazifischen Raum die Staats- und Regierungschefs Chinas, Japans, Südkoreas, Indiens, Russlands, der USA, Australiens und Neuseelands zusammen. Die Bundesregierung arbeitet an einer aktiveren Rolle der EU in diesem und anderen sicherheitspolitischen Foren der Region mit und ist auch selbst zu einer aktiveren Mitwirkung bereit.

Die EU hat sich bereits um eine Beobachterrolle bei den Aktivitäten des **ASEAN Defence Minister's Meeting Plus ADMM+** beworben, dem Konferenzformat der ASEAN-Verteidigungsminister mit acht ihrer Dialogpartner. Die Bundesregierung unterstützt dieses Anliegen, indem sie im Rahmen der EU konkrete sicherheitspolitische Beiträge in der Region leistet. Sie zieht perspektivisch in Betracht, sich um einen Beobachterstatus im ADMM+-Format zu bewerben, um die EU bei europäischen Initiativen zu unterstützen.

Einem stärkeren Engagement im sicherheitspolitischen Bereich dient auch die Mitgliedschaft der EU im **ASEAN Regional Forum ARF**. Das ARF mit insgesamt 27 Teilnehmern, darunter auch Nordkorea, ist die größte und umfassendste Sicherheitskonferenz im Indo-Pazifik. Die Bundesregierung unterstützt die EU im ARF-Rahmen mit sicherheitspolitischen Beiträgen und Expertise.

Neben ASEAN und seinen sicherheitspolitischen Dialogmechanismen gibt es noch **weitere regionale Institutionen** im Indo-Pazifik, die ebenfalls wichtige Partner der Bundesregierung und der EU bei der Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit sind. Diese institutionellen Partner haben unterschiedliche Schwerpunkte, aber gemeinsam verfolgen sie das Ziel, den indo-pazifischen Raum besser zu integrieren und stärker zu vernetzen.

Als regionale finanzpolitische Akteure sind dies insbesondere die **Asiatische Entwicklungsbank (ADB)** sowie die 2015 gegründete **Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB)**, bei denen die Bundesregierung Anteilseigner ist. Als Partner der ADB fördert Deutschland bereits seit vielen Jahrzehnten Multilateralismus durch wirtschaftliche Entwicklung unter Einhaltung sozial- und umweltpolitischer Standards. Deutschland trägt über die ADB als zweitgrößter bilateraler Geber nach Japan zur Deckung des enormen

Infrastrukturbedarfs der Region bei. In der AIIB mit Sitz in Peking setzt sich die Bundesregierung für die Einhaltung sozial- und umweltpolitischer Standards bei allen Projekten ein.

Das 1971 gegründete **Pacific Islands Forum PIF** ist ein wichtiger Partner der Bundesregierung bei Fragen von Klima und Sicherheit – sowohl regional als auch im Rahmen der Vereinten Nationen. Mit zwölf Stimmen in den Vereinten Nationen ist die Gruppe der PIF-Staaten auf multilateraler Ebene von Gewicht. Deutschland wird sein Engagement als Dialogpartner künftig durch hochrangige Wahrnehmung der Gipfeltreffen und Förderung gemeinsamer Projekte weiter ausbauen.

Der **Mekong River Commission MRC** kommt eine zentrale Aufgabe beim zunehmend konfliktbehafteten Wassermanagement im Mekong-Flussgebiet zu. Die Bundesregierung und die Europäische Union unterstützen die Rolle und Aktivitäten der MRC mit dem Ziel, eine nachhaltige Nutzung des Mekongs durch alle Mekong-Anrainerstaaten zu befördern.

Im Rahmen des **Asia-Europe Meeting ASEM** arbeiten 53 gleichberechtigte Partner aus ganz Europa und dem indo-pazifischen Raum zusammen. Im Mittelpunkt steht der alle zwei Jahre stattfindende ASEM-Gipfel, bei dem die Staats- und Regierungschefs aus beiden Regionen zusammenkommen. Die Bundesregierung schätzt ASEM als Plattform zum Austausch mit der Region zu aktuellen und strategischen Themen.

Im ASEM-Rahmen wurde 1997 die **Asia-Europe Foundation ASEF** gegründet. ASEF leistet einen wichtigen Beitrag zum people-to-people Austausch. ASEF ermöglicht – u. a. durch finanzielle Förderung der Bundesregierung – die zivilgesellschaftliche Begegnung und Zusammenarbeit zwischen Europa und Asien in den Bereichen Journalismus, Menschenrechte und Kunst. Die Bundesregierung wird ihr Engagement fortsetzen.

Die Regionalorganisation **Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation BIMSTEC** verbindet Südasien mit Südostasien. Das wachsende Engagement Indiens beim Ausbau der Konnektivität in der Region, auch über BIMSTEC hinaus, führt zu einem Bedeutungszuwachs der Organisation. Die Bundesregierung sieht in der Organisation großes Potential zur Förderung regionaler Integration und Kooperation und strebt einen intensiveren, wenn möglich, institutionalisierten Austausch an.

Daneben wird die Bundesregierung, trotz der durch den indisch-pakistanischen Konflikt bedingten Schwächung der **Südasiatischen Vereinigung für Regionale Kooperation SAARC**, weiterhin Ansätze zur Behandlung regionalpolitischer Fragen in diesem Rahmen unterstützen.

Die 1997 gegründete **Indian Ocean Rim Association IORA** ist die einzige internationale Organisation, die den gesamten Indischen Ozean umspannt. Deutschland ist seit 2015 Dialogpartner und fördert den Kapazitäts- und Kompetenzaufbau der Organisation. Die Bundesregierung will das große Potenzial von IORA als institutioneller Rahmen für verstärkte Kooperation und Krisenprävention künftig mehr ausschöpfen.

#MultilateralismMatters
TAIDEN
434

Dem Klimawandel entgegentreten und die Umwelt schützen

Unter den globalen Herausforderungen, mit denen der Indo-Pazifik konfrontiert ist, stechen der Klimawandel und der Verlust der biologischen Vielfalt besonders hervor. Der Anstieg des Meeresspiegels und eine Zunahme von Extremwetterereignissen sind für die von zwei Ozeanen geprägte Region besonders gravierend. Auch der hohe Grad der Urbanisierung mit der Häufung von Megastädten im Indo-Pazifik stellt eine Herausforderung dar: Mit einem Anteil von 80 Prozent des gesamten Wirtschaftswachstums in urbanen Zentren sind Megastädte Treiber des Klimawandels. Zudem sind in keiner anderen Weltregion so viele Menschen unmittelbar vom Meeresspiegelanstieg betroffen. Bangladesch, Myanmar, Nepal, Pakistan, die Philippinen, Thailand und Vietnam gehören zu den zehn in den letzten 20 Jahren von Extremwetterereignissen am stärksten betroffenen Staaten.

Auch veränderte Niederschlagsmuster und Dürren treffen die Region, in der die Landwirtschaft ein wichtiger Beschäftigungssektor ist, besonders hart. Die Verschränkung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit macht sich deutlich bemerkbar. Darüber hinaus erschwert der Klimawandel in den betroffenen Ländern häufig die Armutsbekämpfung und die Ernährungssicherheit, eine nachhaltige Beschäftigung und die Wiederherstellung einer intakten Umwelt. Die Zunahme von Dürren erhöht das Risiko von Busch- und Waldbränden. All dies hat verheerende Folgen für die biologische Vielfalt, das Klima und die Lebensgrundlagen insbesondere der Ärmsten.

Der Verlust der biologischen Vielfalt stellt den indo-pazifischen Raum mit einer Vielzahl an terrestrischen und marinen Biodiversitätshotspots vor große Herausforderungen. Neben dem Klimawandel gefährden insbesondere illegaler Holzeinschlag, Siedlungsausweitung, Industrialisierung sowie eine nicht nachhaltig gestaltete Tourismusentwicklung die Ökosysteme an Land. Verschmutzung und Zerstörung sowie die Überfischung der Meere destabilisieren die Küstenökosysteme. Hinzu kommt, dass mehrere Länder des Indo-Pazifiks wirtschaftlich vom Zustand der Küstenökosysteme abhängig sind. Da die Fischerei ein wichtiger Wirtschaftssektor in der Region ist, bedroht ein Küstenökosystem, das in ein Ungleichgewicht geraten ist, die Lebensgrundlage vieler Menschen.

Die **Vermüllung der Meere** ist ein Problem, das durch die Meeresströmungen globale Dimensionen erlangt. Mit China, Indonesien, Philippinen, Vietnam und Thailand liegen die fünf Staaten, welche mit geschätzten 7 Mio. m³ weltweit die größten Einträge verantworten, sämtlich in der Region. Der Müll gelangt über Küsten und Flüsse direkt ins Meer, hinzukommen seeseitige Einträge, vor allem aus der Fischerei. Die Bundesregierung fördert die G20-Diskussion zu dem Thema sowie bilaterale und regionale Projekte in der Region, u. a. in Indien, Vietnam, Indonesien und auf regionaler Ebene in Zusammenarbeit mit ASEAN.

Der Klimawandel hat auch in der indo-pazifischen Region zunehmend **sicherheitspolitische Implikationen**: Er kann als Risikomultiplikator Konflikte hervorrufen oder verschärfen. Daraus erwachsen neue außen- und entwicklungspolitische Herausforderungen: Es drohen Konflikte um Einflusssphären und Ressourcen sowie Ernteausfälle, Zerstörung und Hungersnöte. Diese Notlagen können wiederum Flucht und Migration nach sich ziehen. Ein weiter ansteigender Meeresspiegel bedroht Siedlungsräume in den Küstengebieten sowie die Existenz flacher Inselstaaten im Indo-Pazifik.

Mehrere Staaten des Indo-Pazifiks sind aufgrund ihrer unmittelbaren Betroffenheit natürliche **Verbündete beim Schutz des Klimas**. Alle staatlichen Akteure in der Region haben sich im **Übereinkommen von Paris** 2015 völkerrechtlich verpflichtet,

geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Erderwärmung möglichst auf höchstens 1,5°C zu begrenzen und ihre nationalen Beiträge (Nationally Determined Contributions, NDC) beginnend mit 2020 alle fünf Jahre anzupassen.

Pakistan zählt zu den zehn vom Klimawandel am stärksten betroffenen Ländern. Extremwetterereignisse führen schon jetzt zu einem durchschnittlichen wirtschaftlichen Schaden von fast 4 Mrd. USD pro Jahr. Würde Pakistan keine Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ergreifen, könnten bis zum Jahr 2050 bis zu 21,4 Millionen Menschen zusätzlich von Armut betroffen sein.

Die Bundesregierung unterstützt die pakistanische Regierung bei der Umsetzung ihrer NDC in den Bereichen Aufforstung und Katastrophenmanagement, bei der Erschließung internationaler Klimafinanzierung sowie dem Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Die laufende Kooperation im Klima- und Energiebereich umfasst ein finanzielles Volumen von etwa 300 Mio. EUR.

Auch im Bereich der biologischen Vielfalt sind zahlreiche Länder des indo-pazifischen Raumes **natürliche Partner** und haben sich als Mitgliedstaaten des **Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD)** zu dessen Zielen verpflichtet. Im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenz (CoP 15), die 2021 in China stattfinden soll, setzt sich China als Gastgeber mit Deutschland für einen neuen ambitionierten globalen Rahmen für den Erhalt der biologischen Vielfalt nach 2020 ein. Die Bundesregierung sieht in dem aktiven und effektiven Engagement des bedeutenden Akteurs China ein wichtiges Signal für die Region und für andere Schwellenländer.

Zahlreiche Arten von Wildtieren sind wegen der hohen Nachfrage aus Asien nach ihrem Fleisch oder Beiprodukten wie Haut und Zähnen in ihrem Überleben gefährdet. Die Bundesregierung unterstützt daher Projekte gegen Wilderei und den illegalen Wildtierhandel, etwa von Elfenbein und Nashorn-Horn aus Afrika in indo-pazifische Verbraucherländer wie China und Vietnam. Darüber hinaus begünstigt der Wildtierkonsum, befördert durch **Wildtiermärkte**, das Überspringen von Viren vom Tier auf den Menschen (Zoonosen). Die Bundesregierung setzt sich für ein Verbot bestimmter Formen des Handels von Wildtieren zum Verzehr ein, sowohl als mögliche Vorsorgemaßnahme gegen Pandemien als auch als wichtiger Schritt für den Artenschutz und die Erhaltung der Biodiversität. Dies ist jedoch nur in Zusammenarbeit mit den wichtigen Verbraucherländern im Indo-Pazifik möglich.

Neben der Sorge vor dem Klimawandel und dem Verlust der biologischen Vielfalt eint die Länder des Indo-Pazifiks der erklärte Wille, zu den Industrienationen aufzuschließen. Der damit verbundene **steigende Energie- und Ressourcenbedarf** hat jedoch erhebliche Auswirkungen auf das Klima, die Umwelt und die Biodiversität. So wird für Südostasien – als eine der am schnellsten wachsenden Regionen der Welt – bis 2040 ein Anstieg des Energiebedarfs um 60 Prozent prognostiziert.

Fünf der weltweit zehn größten Treibhausgas-Emittenten befinden sich im indo-pazifischen Raum, der damit einer der Hauptverursacher des Klimawandels ist. Der überwiegend fossil gedeckte Energiebedarf, etwa **substantielle Kohleförderung** und -verbrauch, stellt eine erhebliche Herausforderung für die Klimaschutzambitionen und die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung dar. Ohne eine **substantielle Emissionsminderung** in der Region lassen sich die Ziele des Übereinkommens von Paris nicht erreichen. Die Bundesregierung unterstützt daher die Bemühungen der EU, gemeinsam mit China, Indien

und anderen Staaten der Region Klimaschutzverpflichtungen zu erreichen, die über die bisherigen Zusagen hinausgehen.

Der Klimawandel verursacht bereits jetzt **Stressfaktoren** wie Änderungen in den Sturm- und Niederschlagmustern und eine Belastung von Ökosystemen, insbesondere der Meere. Viele Länder des Indo-Pazifiks müssen widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels werden und sich an die geänderten Bedingungen anpassen. Denn fehlende **Klimaresilienz** erschwert eine nachhaltige Entwicklung. Die notwendige Anpassung betrifft die sozialen Sicherungssysteme, Stadtentwicklung und die Landwirtschaft ebenso wie Ökosysteme und die Politik selbst.

Um das weitere Voranschreiten des Klimawandels aufzuhalten oder zumindest zu verlangsamen und zugleich die Klimaresilienz der Region zu erhöhen und ferner die biologische Vielfalt zu erhalten, erfüllt die Bundesregierung ihre internationalen **Klimafinanzierungszusagen** und stellt 2020 insgesamt 4 Mrd. EUR zur Verfügung. Damit hat Deutschland seinen Einsatz seit 2014 verdoppelt und wird auch weiterhin einen fairen Beitrag zur Erreichung des 100 Mrd. USD-Klimafinanzierungsziels leisten.

Die Bundesregierung setzt bei dieser globalen Herausforderung vor allem auf multilaterale Lösungen und setzt sich international u. a. bei G20 gemeinsam mit weiteren Allianzpartnern aktiv für das Thema ein. Sie gehört mit einem Beitrag in Höhe von insgesamt 2,25 Mrd. EUR zu den größten Geldgebern des **Grünen Klimafonds**, dem zentralen Instrument der internationalen Klimafinanzierung. Der 2010 im Rahmen von UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) gegründete Grüne Klimafonds stellt Zuschüsse und Kredite für Klimaschutzvorhaben und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern bereit. Ziel des Grünen Klimafonds ist es, eine Transformation hin zu einer emissionsarmen und klimaresilienten Entwicklung zu fördern.

Zusammen mit den Geberländern Großbritannien, Australien und Neuseeland unterstützt die Bundesregierung seit 2018 den „**Regionalen pazifischen NDC-Hub**“, der durch die pazifischen Regionalorganisationen SPC (Pazifische Gemeinschaft), SPREP (Sekretariat des pazifischen Umweltprogramms) sowie ihren pazifischen Mitgliedstaaten getragen wird. Der Hub unterstützt die 15 Inselstaaten ihre NDCs entsprechend dem Übereinkommen von Paris umzusetzen und diese ambitioniert weiterzuentwickeln. Aufgrund ihrer existentiellen Bedrohung durch den Klimawandel streben die pazifischen Inselstaaten an, nicht allein als globale Fürsprecher, sondern auch bei der zügigen Realisierung einer kohlenstoff-freien Wirtschafts- und Lebensweise eine Vorreiterrolle einzunehmen. Der Hub agiert dabei eng verbunden mit der globalen NDC-Partnerschaft.

Gemeinsam mit dem pazifischen Inselstaat **Nauru** hat die Bundesregierung 2018 die multilaterale **Freundesgruppe Klima und Sicherheit** ins Leben gerufen. Dieser gehören neben Nauru als Ko-Vorsitz fast alle pazifischen Inselstaaten sowie weitere Staaten des Indo-Pazifiks an. Ziel dieser Freundesgruppe ist es, die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels systematisch in der Arbeit der Vereinten Nationen zu verankern und Partner beim Umgang mit klimawandelbedingten Sicherheitsrisiken gezielt zu unterstützen.

Bilateral finanziert die Bundesregierung im indo-pazifischen Raum mit Mitteln der **Entwicklungszusammenarbeit**, u. a. über das Instrument der **Internationalen Klimaschutzinitiative IKI**, im Kontext der **globalen NDC-Partnerschaft** und im Rahmen der Forschungszusammenarbeit durch die **Internationalen Partnerschaften für nachhaltige Innovationen (CLIENT II)** Klimaschutz- und Klimaresilienzprojekte, Vorhaben zum Erhalt der Biodiversität sowie Projekte im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Beim **Klimaschutz** stehen die politische Beratung, der Kapazitätsaufbau und geeignete Trainingsmaßnahmen sowie Technologiekooperationen im Mittelpunkt. Die Schwerpunkte im Bereich der **Klimaresilienz** liegen u. a. auf ökosystembasierten Anpassungsmaßnahmen, der Stärkung des Risikomanagements von klimawandelbedingten Extremereignissen, insbesondere durch innovative Versicherungslösungen, Umgang mit klimawandelbedingter menschlicher Mobilität, der Anpassung an den Klimawandel in Städten sowie die Entwicklung und Umsetzung nationaler Anpassungsstrategien. Viele Maßnahmen haben dabei einen dezidiert urbanen Fokus.

Die „Leitlinien der Bundesregierung zur Förderung von entwaldungsfreien Lieferketten von Agrarrohstoffen" von 2020 enthalten konkrete Lösungsansätze zum Erhalt von Wäldern, die die Bundesregierung in Zusammenarbeit auch mit den Ländern des Indo-Pazifiks umsetzen möchte.

Mit fünf Ländern des Indo-Pazifiks – **Indien, Indonesien, Philippinen, Thailand und Vietnam** – führt die Internationale Klimaschutzinitiative IKI derzeit länderspezifische Projektauswahlverfahren in Höhe von jeweils 30 bis 35 Mio. EUR durch. Der Fokus liegt dabei auf der Umsetzung der Klimaschutzpläne dieser Schwerpunktländer. In Thailand beispielsweise sind die Projekte auf eine Stärkung der urbanen Resilienz sowie den Ausbau erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz, öffentlicher grüner Elektromobilität und der Schaffung einer nationalen Klimainitiative ausgerichtet (Thailand National Climate Initiative, ThaiCI).

Forschung und Innovation sind für die Bundesregierung wesentliche Impulsgeber für das Voranschreiten bei der globalen Energiewende. Nur durch sie wird das benötigte Wissen zu zentralen Technologien wie Speichertechnologien für erneuerbare Energien oder Grünem Wasserstoff bereitgestellt. Die Bundesregierung strebt hierzu beispielsweise eine bilaterale Machbarkeitsstudie mit Australien zur Umsetzung einer Lieferkette für Grünen Wasserstoff an.

Zur Förderung einer nachhaltigen und klimaneutralen Energiepolitik hat die Bundesregierung mit gleichgesinnten Partnern im Indo-Pazifik **Energiepartnerschaften** geschlossen. Ziel dieser Partnerschaften ist es, einen substantiellen Beitrag zur globalen Energiewende und damit zum weltweiten Klimaschutz beizutragen. Die Bundesregierung konzentriert sich im indo-pazifischen Raum auf Investitionsanreize, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und den Ausbau technologischer Lösungen und setzt sich für einen Austausch mit und innerhalb der Region ein. Großes Potenzial sieht die Bundesregierung auch in einer engeren Zusammenarbeit im Bereich klimaneutraler Energien. Im Fokus stehen dabei der Einsatz erneuerbarer Energien sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz.

Die Bundesregierung arbeitet eng mit **Indien** in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung, erneuerbare Energien und Energieeffizienz, nachhaltige Stadtentwicklung sowie Umwelt- und Ressourcenschutz zusammen. Im Rahmen des Klimaschutzes fördert sie beispielsweise die grüne, urbane Mobilität mit 1 Mrd. EUR sowie Projekte zur Umsetzung nationaler Klimaschutzstrategien. Die mit Indien 2015 ins Leben gerufene „Solarpartnerschaft" wird mit 1 Mrd. EUR unterstützt und hat den Ausbau von Solarparks, PV-Dachanlagen und netzunabhängigen Solaranwendungen zum Ziel. Es wurden bereits über 250 MW installierte Leistung finanziert. Darüber hinaus strebt die Bundesregierung an, Mitglied der „International Solar Alliance" mit Sitz in Indien zu werden und unterstützt die von Indien initiierte „Coalition for Disaster Resilient Infrastructure". Im Rahmen der deutsch-indischen Urbanisierungspartnerschaft werden gezielt Ansätze der integrierten Stadtentwicklung mit Maßnahmen des Klimaschutzes in Einklang gebracht.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die Widerstandsfähigkeit der sozial-ökologischen Systeme gegenüber negativen Auswirkungen des Klimawandels und globaler wirtschaftlicher Entwicklungen nicht weiter geschwächt wird. Der Erhalt der Artenvielfalt im indo-pazifischen Raum ist auch unter wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten von globalem Interesse.

Beim globalen Klimaschutz spielt der Regenwald eine unverzichtbare Rolle. Die drittgrößte **Regenwaldregion** der Erde liegt in Südostasien. Durch einen erheblichen Anstieg von Anbauflächen für die landwirtschaftliche Nutzung, u. a. für die Palmölproduktion, ist der Bestand des südostasiatischen Regenwaldes in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

Im Spannungsfeld Schutz der Regenwälder und Klimawandel einerseits, wirtschaftliche Existenz und Wohlstand andererseits wurde in einem langjährigen Multistakeholderprozess ein weltweit anerkannter Standard für **nachhaltige Palmölproduktion** entwickelt (Roundtable on Sustainable Palm Oil, RSPO). Indonesien kommt als Biodiversitätshotspot, größter Palmölproduzent und -exporteur, großer Treibhausgasemittent sowie Mitglied der G20 und ASEAN für den globalen Klima- und Umweltschutz eine wichtige Rolle zu. Die Bundesregierung fördert mehrere Projekte in Indonesien, um eine emissionsarme und nachhaltige Palmöl-Entwicklung zu unterstützen. Die Vorhaben umfassen den Ausbau klimafreundlicher Anbaupraktiken, eine Unterstützung bei der Zertifizierung sowie Politikberatung, insbesondere auf lokaler Ebene.

Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken

Die Globale Strategie der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik von 2016 stellt eine direkte **Verbindung zwischen Wohlstand in Europa und Sicherheit in Asien** fest. Um die Vorteile einer immer stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung nutzen zu können, sind Frieden, Sicherheit und Stabilität sowie gute Regierungsführung unabdingbare Voraussetzungen.

Als offene, global ausgerichtete Volkswirtschaft sind für Deutschland freie Seehandelswege und maritime Sicherheit von vitaler Bedeutung. Über 20 Prozent des deutschen Handelsaustausches findet im indo-pazifischen Raum statt. Das deutsche Handelsvolumen mit der Region hat sich in den letzten 15 Jahren nahezu verdoppelt. Bezogen auf Schiffseigentum und wirtschaftliche Nutzung („Beneficial Ownership") belegt die deutsche Handelsflotte weltweit Platz 5.

Auch vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Bundesregierung, ihr **sicherheitspolitisches Engagement im indo-pazifischen Raum** in der gesamten Bandbreite einschließlich des maritimen Bereichs **auszuweiten**. Deutschland ist 2020 dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien von 1976 (Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia) beigetreten. Damit hat sich die Bundesregierung zu einer friedlichen Konfliktlösung und dem Dialog in Südostasien verpflichtet.

Die Mehrzahl der Staaten des Indo-Pazifiks weist ein hohes Maß an innerer Stabilität auf. Gleichwohl gibt es eine Reihe regionaler **sicherheitspolitischer Risiken und Bedrohungen**. Dazu gehören u. a. das nordkoreanische Nuklearwaffen- und Raketenprogramm, ungelöste Territorialfragen sowohl zu Land als auch zu See, Konflikte um natürliche Ressourcen und die sich verschärfenden Gegensätze zwischen China und den USA. Die Konflikte spiegeln sich in steigenden Verteidigungsausgaben in der Region wider – von 2010 bis 2019 um über 50 Prozent, allein im Fall Chinas um 85 Prozent.

Hinzu kommen Herausforderungen wie **Terrorismus, Naturkatastrophen, Klimawandel, Cyber-Bedrohungen, Korruption und Piraterie**. Die Straße von Malakka ist nicht nur eine der am meisten befahrenen Wasserstraßen der Welt, sondern auch eine der am stärksten von Piraten heimgesuchten Seewege und bedarf daher eines besonderen Schutzes.

Angesichts teilweise widerstreitender Ansprüche an Insel- bzw. Landformationen sowie mit Blick auf die Nutzung betreffender Seegebiete setzt sich die Bundesregierung für eine friedliche, regelbasierte und kooperative Lösung insbesondere auf der Grundlage des **Seerechtsübereinkommens** der Vereinten Nationen von 1982 ein. Für die maritimen Ansprüche im **Südchinesischen Meer** hat die unter dem Streitbeilegungsverfahren des Seerechtsübereinkommens ergangene Schiedsgerichtsentscheidung vom 12. Juli 2016 eine maßgebliche Bedeutung.

Die Bundesregierung unterstützt den Prozess zur Schaffung eines substantiellen und rechtsverbindlichen Verhaltenskodex – **Code of Conduct** – zwischen China und den ASEAN-Mitgliedstaaten für das Südchinesische Meer. Der Kodex sollte einen Mechanismus zur friedlichen Streitbeilegung und Regelungen zur gemeinsamen Nutzung der Ressourcen unter Einbeziehung von Drittstaaten enthalten und im Einklang mit dem VN-Seerechtsübereinkommen stehen.

Bereits jetzt trägt die Bundesregierung mit verschiedenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der regelbasierten maritimen Ordnung im Indo-Pazifik bei. Hierzu gehört neben seevölkerrechtlichen Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen die regelmäßige **Teilnahme von Beobachtern bei regionalen Marineübungen**. Seit 2008 beteiligt sich Deutschland zur Sicherung der Handelswege im Indischen Ozean an der **GSVP-Operation** EUNAVFOR Somalia ATALANTA und arbeitet dabei u. a. eng mit Südkorea, Japan, Indonesien und Indien zusammen. Der Einsatz umfasst insbesondere

gemeinsame Übungen und Maßnahmen zur Pirateriebekämpfung. Ziel der Mission ist es, die maritime Sicherheit an einer der Hauptrouten des globalen Seehandelsverkehrs zu erhöhen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, sich in Zukunft noch aktiver an Maßnahmen zu Schutz und Sicherung der regelbasierten Ordnung im Indo-Pazifik wie etwa der Unterstützung der Prinzipien des VN-Seerechtsübereinkommens oder auch der Überwachung der VN-Sanktionen gegen Nordkorea zu beteiligen. Ferner beabsichtigt sie, die **sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation** mit Partnern in der Region weiter auszubauen. Diese umfasst neben Strategischen Dialogen sowie Stabsgesprächen und Ausbildungskooperationen grundsätzlich auch die Intensivierung bilateraler Besuchsplanungen sowie einen **Ausbau der verteidigungspolitischen Kontakte** in der Region selbst. Dies schließt Verbindungsoffiziere, Militärattachéstäbe, Hafenbesuche und die **Teilnahme an Übungen** sowie **weitere Formen maritimer Präsenz** im indo-pazifischen Raum ein.

Der Zusammenarbeit im Kampf gegen Piraterie widmet sich seit 2006 das **Regional Cooperation Agreement on Combating Piracy and Armed Robbery against Ships in Asia (ReCAAP)**. Durch Informationsaustausch und Beratung der Anrainerregierungen insbesondere zu Hafensicherheit und Küstenwache konnte die Anzahl der Piraterievorfälle bereits gesenkt werden. Die Bundesregierung beabsichtigt ReCAAP beizutreten, um aktiv an der Bekämpfung von Piraterie im indo-pazifischen Raum mitzuwirken.

Zur besseren Einbindung in das System der regionalen regelbasierten maritimen Ordnung hat die Deutsche Marine einen Verbindungsoffizier in das 2009 gegründete **Information Fusion Centre (IFC)** in Singapur entsendet. Das IFC dient dem Austausch von Informationen insbesondere im Bereich Proliferation, Drogenschmuggel und maritimer Terrorismus.

Unterschiedliche Ausprägungen von religiösem, ethnischem oder politisch motiviertem **Extremismus und Terror** bedrohen Stabilität und Staatlichkeit im Indo-Pazifik. Der Terrorismus findet in regionalspezifischen Konflikten, zum Teil auch in Perspektivlosigkeit und Frustration einen Nährboden.

Insbesondere Südasien und Südostasien sind schon seit langem im Fokus **dschihadistischer Terrororganisationen**. Sowohl al-Qaida als auch der sogenannte Islamische Staat (IS) sehen die Region als **Rückzugsort** sowie **Rekrutierungs- und Kampfgebiet** und haben eigene regionale Untergruppen gebildet. Die betroffenen Länder erwarten internationale Solidarität und aktive Unterstützung im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität.

Die Bundesregierung verurteilt jegliche Form des Terrorismus. Bei der Terrorismusbekämpfung sind Menschenrechte zu achten und rechtsstaatliche Prinzipien einzuhalten. Daneben muss die Arbeitsfähigkeit humanitärer Hilfsorganisationen erhalten werden.

Mit dem übergeordneten Ziel, die Stabilität der Gesamtregion zu stärken und dem IS keine Rückzugsorte in Südostasien zu bieten, unterstützt die Bundesregierung den **Friedensprozess auf Mindanao** auf den **Philippinen**. Der Fokus des deutschen Engagements liegt auf der Entwaffnung der ehemaligen Kämpfer und ihrer gesellschaftlichen Reintegration sowie auf der Stärkung der Bangsamoro Autonomous Region in Muslim Mindanao (BARMM). In diesen Prozess werden zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden und die betroffenen Kommunen unterstützt.

Die Bundesregierung engagiert sich für einen effektiven Antiterrorkampf im Indo-Pazifik im Rahmen von **multilateralen Institutionen (UNOCT, UNODC)** und **spezialisierten Foren (GCTF, FATF, Interpol)**. Auf bilateraler Ebene führt die Bundesregierung Dialoge mit verschiedenen Partnern in der Region. Die Dialoge zielen auf den **Austausch über Gefährdungslagen** sowie über Ansätze und Instrumente zu deren Bekämpfung. Die Bundesregierung wird den Erfahrungs- und Informationsaustausch zum beiderseitigen Nutzen weiter intensivieren.

Deutschland unterstützt die auf VN- und EU-Ebene bestehenden **Listungsregime** von Terrororganisationen. Ziel ist es, über diese Listungsregime die Finanzierungsmöglichkeiten von Terrororganisationen auch im Indo-Pazifik zu begrenzen.

Die Bundesregierung spricht sich für einen **ganzheitlichen Ansatz in der Terrorismusbekämpfung** aus. Schwerpunkt ihres bilateralen Engagements im indo-pazifischen Raum ist die Förderung präventiver Maßnahmen, etwa zur De-Radikalisierung gefährdeter Personen und Gruppen oder zum Aufbau von Kapazitäten für Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.

Im Bereich **Stabilisierung und Mediation** hat die Bundesregierung in den letzten Jahren ihre Ressourcen und ihr Engagement erheblich ausgebaut, auch für den Indo-Pazifik. Grundlage sind neben dem Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016 vor allem die 2017 verabschiedeten Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern". Mit Mitteln in Höhe von mehr als 129 Mio. EUR hat die Bundesregierung seit 2014 Stabilisierungsvorhaben im indo-pazifischen Raum gefördert.

Die Bundesregierung unterstützt Staaten bei der Überwindung von **Gewaltkonflikten**. Hierzu finanziert sie insbesondere den **Zivilen Friedensdienst (ZFD)**, der deutsche Friedensfachkräfte an zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen auch in Länder des Indo-Pazifiks entsendet. In Timor-Leste werden Jugendliche in der gewaltfreien Konfliktregelung gestärkt, in Myanmar wird der Dialog zwischen religiösen und ethnischen Gruppen gefördert und auf Sri Lanka Selbsthilfestrukturen zur juristischen und therapeutischen Aufarbeitung von Verbrechen während des 2009 beendeten Bürgerkrieges aufgebaut.

Seit der Flucht von mehr als 700.000 Rohingya aus Myanmar nach Bangladesch trägt die Bundesregierung zur **Unterstützung der Flüchtlinge** und zur **Bewältigung** der Ursachen und Folgen **der humanitären Krise** in beiden Ländern mit Maßnahmen bei, um wachsender Radikalisierung und Extremismus entgegenzutreten. Gleichzeitig stärkt die Bundesregierung bilateral und im Rahmen der EU die Strukturen des ASEAN Coordinating Centre for Humanitarian Assistance on Disaster Management (**AHA-Centre**) in Jakarta, dem im Rahmen der Rückkehr der Rohingya neben den VN-Institutionen eine bedeutende Rolle zukommt.

Die **Rüstungsdynamiken** im Indo-Pazifik in den vergangenen Jahrzehnten sind gleichermaßen Folge einer zunehmenden Machtrivalität und wachsender Konflikte sowie Ausdruck eines Mangels an regionalen kooperativen Sicherheitsstrukturen. Die weltweite Erosion der regelbasierten, multilateralen Ordnung auch in den Bereichen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung trägt ihrerseits zur Verunsicherung bei.

Nationale Verteidigung, aber auch die ungehinderte Nutzung maritimer Verkehrs- und Versorgungswege, erfordern **Investitionen** in und die **Bereithaltung von militärischen Fähigkeiten**. Deutschland ist für viele Länder der Region seit Jahrzehnten ein **verlässlicher Partner**. Die Bundesregierung wird die jeweilige bilaterale Zusammenarbeit auch in Zukunft verantwortungsvoll,

im Einklang mit exportkontrollpolitischen Verpflichtungen sowie unter Berücksichtigung der strategischen Qualität ihrer Beziehungen zu Ländern der Region wahrnehmen.

Im Rahmen ihrer **Ertüchtigungsinitiative** unterstützt die Bundesregierung Sicherheitskräfte (darunter Militär, Polizei und Katastrophenschutz) ausgewählter Partner durch Ausbildung, Ausstattung und Beratung. Damit sollen diese nachhaltig befähigt werden, eigene Krisenprävention, Krisenbewältigung oder Friedenskonsolidierung zu betreiben. Sie wird im Lichte der jeweiligen Bedarfslage weitere Länder des indo-pazifischen Raumes in die Ertüchtigungsinitiative einbeziehen.

Mit Bangladesch, Nepal, Indien, Pakistan, Indonesien und China befinden sich sechs Länder des Indo-Pazifiks unter den zehn größten Truppen- und Polizeistellern für **Friedensmissionen der Vereinten Nationen**. Die Bundesregierung fördert die Kooperation mit Partnern der Region im Kontext der VN-Friedenssicherung mit der gemeinsamen Zielsetzung, die globale regelbasierte Ordnung im Rahmen der Vereinten Nationen zu stärken.

Gleichzeitig wird sich die Bundesregierung verstärkt für die Nutzung von Regimen der Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung durch Länder des Indo-Pazifiks einsetzen sowie regionale Arrangements fördern. Angesichts wachsender Arsenale muss sich insbesondere die **Nuklearmacht China** als Vertragsstaat des Nichtverbreitungsvertrags seiner Verantwortung stellen und sich Verhandlungen zur Schaffung von Rüstungskontrollregimen, einschließlich Transparenz und Verifikationsmechanismen, öffnen.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, bestehende rüstungskontrollpolitische Instrumente auszuweiten und Ansätze kollektiver Sicherheit zu entwickeln. Hierzu wird sie Maßnahmen kooperativer Sicherheit in der Region fördern. Sie hat unter Einbeziehung insbesondere auch chinesischer Akteure ein Konferenzformat zum **Umgang mit neuen Technologien** („Capturing Technology. Rethinking Arms Control“) lanciert. Ziel ist die Einhegung etwaiger Risiken für Sicherheit und Stabilität, die von der militärischen Nutzung neuer Technologien ausgehen können. Aufgrund ihrer Bedeutung in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Cyber-, Weltraum- und Raketentechnologien kommt den Staaten des Indo-Pazifiks hier eine besondere Verantwortung zu. Als ein Ergebnis der Technologie-Konferenz-Serie entwickelte die Bundesregierung im Jahr 2019 die **Missile Dialogue Initiative**, die einen ihrer ersten Regionalschwerpunkte auf den indo-pazifischen Raum legen wird.

Die Bundesregierung setzt sich im Bereich der **Exportkontrolle konventioneller Rüstungsgüter** aktiv für die weitere Universalisierung des Vertrags über den Waffenhandel (**Arms Trade Treaty ATT**) in der bislang noch unterrepräsentierten indo-pazifischen Region ein, um weltweit einheitliche Mindeststandards für den Handel mit Rüstungsgütern zu schaffen und illegalen Waffenhandel zu bekämpfen. Dazu unterstützt sie u. a. mit Expertinnen und Experten sowie Finanzmitteln ein seit 2017 laufendes EU-Projekt zur weiteren Verbreitung und besseren Umsetzung des Vertrags über den Waffenhandel (EU ATT OP II).

Die Bundesregierung unterstützt Staaten weltweit durch **Kapazitätsaufbau im Bereich Exportkontrolle** bei der Stärkung ihrer Exportkontrollsysteme, um die Verbreitung von Gütern und Technologien zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern und einschlägige VN-Sanktionen umzusetzen. Südostasien kommt hierbei als globalem Handelsknotenpunkt mit einer wachsenden verarbeitenden Industrie eine immer wichtigere Rolle zu. Daher richtet die Bundesregierung gemeinsam mit ASEAN-Staaten Konferenzen und Workshops aus und erarbeitet Best-Practices, um die regionale Zusammenarbeit und den freien, aber sicheren Handel in Südostasien zu stärken. Dazu gehört auch der Aufbau von Fähigkeiten zur Bekämpfung von Proliferationsfinanzierung.

Das **EU-Projekt „Enhancing Security Cooperation in and with Asia“** soll Deutschland wie die EU als sicherheitspolitische Akteure in der Region stärker verankern. Es wird von Deutschland ko-finanziert und in einem deutsch-französischen Tandem von der GIZ und ihrem Partner Expertise France umgesetzt. Ziel sind maßgeschneiderte Kooperationen zwischen der EU und den fünf Pilotländern Indien, Indonesien, Japan, Südkorea und Vietnam zu den Themen maritime Sicherheit, Terrorbekämpfung, Friedenserhaltung im Rahmen der Vereinten Nationen und Cybersicherheit.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, das sicherheitspolitische Engagement mit und in der Region zu stärken und auszubauen. Hierfür unterstützt sie die Europäische Union durch konkrete Maßnahmen dabei, ihr Profil als regionaler Sicherheitsakteur zu stärken und das Handlungsfeld auf der Basis der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik auszuweiten. Die **ASEAN-zentrierte Sicherheitsarchitektur** verfügt über eine Reihe von Dialogmechanismen, die zu Vertrauensbildung und friedlicher Konfliktlösung zwischen ASEAN-Mitgliedstaaten und ihren Partnern beitragen. Diese Dialogmechanismen beziehen China, Japan, Südkorea, Indien, Australien, Neuseeland, Russland und die USA ein. Gerade im Umgang mit Sicherheitsrisiken, die von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen, gibt es zwischen der EU und ASEAN vielfältige Kooperationsformate, zu denen die Bundesregierung aktiv Beiträge leistet.

Gleichzeitig setzt sich Deutschland innerhalb der **NATO** für den Ausbau der Beziehungen zu den **„Partners Across the Globe“** ein, zu denen im Indo-Pazifik u. a. Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea zählen und bilaterale Kooperationsprogramme bestehen. Deutschland unterstützt die praktische Zusammenarbeit der NATO mit den indo-pazifischen Partnern insbesondere in den Bereichen Cyber-Verteidigung, maritime Sicherheit, humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, Terrorismusbekämpfung, Rüstungskontrolle sowie im Themenbereich Frauen, Frieden und Sicherheit. Der enge Austausch mit den Partnern in der indo-pazifischen Region in Form gemeinsamer Ausbildungsmaßnahmen und Übungen sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Normung und Logistik verbessern dabei die Interoperabilität zwischen den Partnern und der Allianz. Die Programme sind kontinuierlich an ein sich wandelndes Sicherheitsumfeld anzupassen. Darüber hinaus wird von der Allianz anlassbezogen der Austausch mit weiteren Staaten der Region gepflegt.

Für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eintreten

Frieden, Sicherheit und Stabilität kann es langfristig nur dort geben, wo Menschenrechte eingehalten und rechtsstaatliche Grundprinzipien respektiert werden. Die Bundesregierung setzt sich weltweit für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ein. Dieser Einsatz liegt im **Interesse** Deutschlands.

Laut Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte von 1948 sind alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die Menschenwürde gilt für alle Menschen gleichermaßen und unabhängig von Unterscheidungsmerkmalen wie Herkunft, Geschlecht, Alter oder Status. Aus der Menschenwürde leiten sich die staatlichen Pflichten ab, **Menschenrechte** zu achten, zu schützen und zu gewährleisten.

Richtschnur und Maßstab für den weltweiten, völkerrechtlich verbindlichen Schutz der Menschenrechte sind neben der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte insbesondere der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte („Zivilpakt“) und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte („Sozialpakt“) von 1966 sowie die Frauenrechtskonvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW 1979). Ein Großteil der Staaten des Indo-Pazifiks hat diese Konventionen unterzeichnet und ratifiziert.

Zahlreiche Länder des Indo-Pazifiks haben insbesondere bei **wirtschaftlichen und sozialen Rechten** große Fortschritte gemacht. Hierauf weist der Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen hin, für dessen Berechnung Bruttonationaleinkommen pro Kopf, die Lebenserwartung und die Dauer der Ausbildung zugrunde gelegt werden. Viele Staaten der indo-pazifischen Region haben ihre Platzierung seit 1990 deutlich verbessert.

Der deutsche **Nationale Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“** verankert die Verantwortung von Unternehmen zur Wahrung von Menschenrechten in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten und legt hierzu global einheitliche und überprüfbare Standards fest. In Umsetzung des Aktionsplanes hat die Bundesregierung im Ausland Netzwerkstrukturen geschaffen, die insbesondere dem Austausch deutscher Unternehmen mit sachkundigen Akteuren im Gastland dienen. In die lokalen Netzwerke werden die Auslandshandelskammern, Germany Trade and Invest, GIZ, KfW und nicht-staatliche Fachakteure einbezogen, die zu „Wirtschaft und Menschenrechte“ tätig sind. Im Indo-Pazifik bestehen bereits Auslandsunterstützungsnetzwerke in Indien, Vietnam, Myanmar und auf den Philippinen. Die Bundesregierung beabsichtigt, das deutsche Engagement im Bereich „Wirtschaft und Menschenrechte“ kontinuierlich zu intensivieren und das Auslandsunterstützungsnetzwerk im indo-pazifischen Raum auszubauen.

Gleichzeitig gilt: Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte stehen nicht im Widerspruch zu politischen und bürgerlichen Menschenrechten und bedingen sich gegenseitig.

Politische und bürgerliche Rechte sind in einigen Ländern des Indo-Pazifiks nicht ausreichend geschützt. Hierzu zählen die **Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit**. Teilweise werden **Körperstrafen, Sippenhaft und Todesstrafe** angewandt bzw. praktiziert. Zum Teil werden die Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten im Kontext staatlich orchestrierter Assimilierungs- und Umerziehungspolitik massiv verletzt.

Der indo-pazifische Raum ist geprägt durch eine Vielfalt an Religionen und Weltanschauungen. Dort befinden sich mit Indonesien, Pakistan, Bangladesch und Indien die vier Länder mit den weltweit größten muslimischen Bevölkerungen. In Indien leben mehr als 90 Prozent der Hindus. Der Buddhismus, der insbesondere in Ost- und Südostasien verankert ist, ist die viertgrößte Weltreligion.

Toleranz und gegenseitige Akzeptanz sind Grundvoraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben. Die Bundesregierung setzt sich durch regelmäßige Dialogformate im Rahmen des Netzwerkes „Religions for Peace“ für **religiöse Toleranz** und Friedensverantwortung der Religionen im Indo-Pazifik ein.

Zur **Stärkung und Geltung von Menschenrechten** im indo-pazifischen Raum verfolgt die Bundesregierung einen doppelten Ansatz: einen offenen und kritischen Austausch mit den Regierungen auf der einen Seite, Unterstützung und Förderung der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite. Im Austausch mit Vertretern der Regierungen im Indo-Pazifik hat sich der Einsatz der Bundesregierung für einzelne Gefangene oder aus politischen Gründen Verfolgte als wirksames Instrument erwiesen.

Im Umgang mit den Regierungen setzt die Bundesregierung in erster Linie auf **Dialog** – vor allem auch dann, wenn sich die menschenrechtliche Lage aus der Sicht der Bundesregierung verschlechtert hat. Diesen konstruktiv-kritischen Dialog führt die Bundesregierung im bilateralen Rahmen, auf Ebene der Europäischen Union (Menschenrechtsdialoge) sowie in multilateralen Foren, insbesondere dem VN-Menschenrechtsrat (Aussprachen, Resolutionen, UPR-Verfahren). Ziel dieser verschiedenen Dialogformate ist es, die betroffenen Länder bei der Verbesserung der menschenrechtlichen Situation sowie der Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards zu unterstützen.

Mit der geplanten Schaffung eines EU-Sanktionsregimes für Menschenrechtsverletzungen wird die EU in die Lage versetzt, auf schwerste Menschenrechtsverletzungen zu reagieren. Dabei kann nach Ansicht der Bundesregierung das Verhängen von **Sanktionen** nur letztes Mittel sein. Restriktive Maßnahmen oder gar Sanktionen wendet die Bundesregierung nur dann an, wenn Dialog und Austausch nicht weiterführen. Sie wägt dabei mögliche Nebenwirkungen der Restriktionen auf die humanitäre, soziale und menschenrechtliche Situation im Land ab. Mit Argumenten und einem Austausch auf Augenhöhe, der Kenntnis von Kultur und Perspektive des Gegenübers einschließt, können nachhaltige Änderungen eher erreicht werden als mit Sanktionierungen.

Auf Ebene der Europäischen Union dient das **Instrument der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen PKA** einem regelmäßigen Austausch zu Menschenrechtsthemen. PKA sind stets verknüpft mit Freihandelsabkommen der EU. Im Rahmen von Zollpräferenzen wie **„Everything but arms“ EBA** oder dem **Allgemeinen Präferenzsystem Plus – GSP+** hat die EU zudem ein Anreizsystem zur Stärkung des Menschenrechtsschutzes geschaffen: Es ermöglicht ein Monitoring der Menschenrechtslage in den Staaten, die von EBA oder GSP+ profitieren. Die EU hat mit einer Reihe von Ländern des Indo-Pazifiks PKA geschlossen; einige Länder der Region zählen zu den von EBA oder GSP+ begünstigten Staaten.

Neben dem Dialog mit den Regierungen sucht die Bundesregierung den Austausch mit **zivilgesellschaftlichen Akteuren** wie Nichtregierungsorganisationen, Mitgliedern verschiedener Religionen- und Weltanschauungen, Intellektuellen und engagierten Persönlichkeiten. Hierzu tragen auch die **Politischen Stiftungen** bei. Ziel der Bundesregierung ist es, eine lebendige Zivilgesellschaft zu fördern. Zentral für den Schutz der Menschenrechte ist eine Öffentlichkeit, die bei möglichen Rechtsverletzungen hinschaut.

Unter den Preisträgerinnen und Preisträgern des **Deutsch-Französischen Preises für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit** finden sich regelmäßig auch mutige Persönlichkeiten aus dem indo-pazifischen Raum, die sich für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit stark machen.

Seit 2016 zeichnen Deutschland und Frankreich mit diesem Preis jährlich Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern aus. Damit setzen sie ein gemeinsames Signal auf dem Gebiet der Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit.

Zur Förderung von Menschenrechten und Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure nutzt die Bundesregierung einen breiten **Instrumentenkasten**:

Mit Mitteln der bilateralen und europäischen **Entwicklungszusammenarbeit** unterstützt die Bundesregierung in Ländern des Indo-Pazifiks Projekte zur guten Regierungsführung und im Bildungsbereich. Die Bundesregierung orientiert ihr entwicklungspolitisches Handeln konsequent an menschenrechtlichen Pflichten, Standards, Interpretationen und Prinzipien. Mit ihrer **Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKPB)** fördert die Bundesregierung den Dialog von und mit Zivilgesellschaften. Sie setzt sich für pluralistische und tolerante Gesellschaften ein, in denen Menschenrechte respektiert werden.

In **Myanmar** fördert die Bundesregierung die **Deutsche Welle Akademie** unter anderem in der journalistischen Aus- und Fortbildung von Medienschaffenden. Die Akademie schult insbesondere Mittlerinnen und Mittler der Zivilgesellschaft im kritischen Umgang mit Nachrichten und Informationen („Media and Information Literacy“). Außerdem fördert sie Projekte unter Einbeziehung der Allgemeinheit in ländlichen Regionen (darunter „community radios“), um die vielerorts bestehende Schere im Bewusstsein zwischen Stadt und Land zu reduzieren. Ziel des Programmes ist, die kollektive Verantwortung von Staat, Öffentlichkeit und Medien für die demokratische Entwicklung des Landes zu stärken.

Zur **Förderung der Meinungs- und Pressefreiheit** setzt die Bundesregierung auch auf die Expertise der Deutschen Welle, die Mediendialoge organisiert und Journalistenschulungen zu Medienkompetenz, Qualitätsjournalismus und Meinungsvielfalt durchführt. Durch diese und weitere Maßnahmen fördert die Bundesregierung das Angebot faktenbasierter, qualitativ hochwertiger und ausgewogener Informationen.

Regionale Deutschlandzentren geben Auskünfte zu aktuellen Themen über Deutschland, insbesondere aus den Bereichen Kultur, Gesellschaft und Politik. Im Zuge der Entwicklungen der digitalen Kommunikation und in Reaktion auf die zunehmende Verbreitung von Propaganda und Desinformation durch autoritäre Akteure und Staaten baut die Bundesregierung ihr weltweites Netz von **Regionalen Deutschlandzentren** durch ein Regionales Deutschlandzentrum in Singapur aus.

Neben dem Einsatz für Menschenrechte ist die **Rechtsstaatsförderung** ein zentrales Instrument der Bundesregierung, um Menschen vor staatlicher Willkür zu schützen und den Zugang zu Recht für alle zu gewährleisten. Die Herrschaft des Rechtes ist zentrale Grundlage für ein friedliches und regelbasiertes Zusammenleben.

Die Bundesregierung unterstützt die nachhaltige **Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen und menschenrechtlicher Mechanismen** über Projekte der Max-Planck-Stiftung in Sri Lanka (Capacity building für judges and lawyers in Sri Lanka) und den Malediven (Supporting legal reform in the Maldives). Neben der nachhaltigen Verankerung rechtsstaatlicher Strukturen sind die Reformen Modell für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie.

Konkrete Maßnahmen der Rechtsstaatsförderung gelten insbesondere der Anerkennung der Grundrechte, der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und dem effektiven Individualrechtsschutz durch unabhängige Gerichte. Dabei stehen deren Fortsetzung und Intensivierung unter der Maßgabe der Reformwilligkeit des jeweiligen Staates und der Erfolgsaussichten. Besonders relevant im Bereich Rechtsstaatsförderung sind die **Rechtsstaatsdialoge** mit China und mit Vietnam.

Seit über zwölf Jahren fördert die Bundesregierung Rechtsstaatlichkeit in **Vietnam** im Rahmen eines **Rechtsstaatsdialogs**. Gemeinsam mit der vietnamesischen Regierung wurden für den laufenden Dreijahresplan Themen verankert, die die Bundesregierung auch im internationalen Kontext unterstützt: Justizgrundrechte im Strafverfahren, Durchsetzung des Folterverbots, Korruptionsbekämpfung, effektiver Rechtsschutz im Verwaltungsverfahren, LGBTI-Rechte sowie Menschenrechtsschutz im nationalen und multilateralen Rahmen. Hinzu kommen Projekte zur Umsetzung internationaler Abkommen, darunter das VN-Seerechtsübereinkommen und die VN-Charta, die das gemeinsamen Interesse Deutschlands und Vietnams an einer Stärkung von Multilateralismus und der regelbasierten Ordnung zum Ausdruck bringen.

NATIONS
NATIONS UNIES

Regelbasierten, fairen und nachhaltigen Freihandel stärken

Der indo-pazifische Raum hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer der attraktivsten Regionen für die deutsche und europäische Wirtschaft entwickelt. Die Volkswirtschaften der Region verzeichnen überwiegend hohe Wachstumsraten, ihr Anteil am weltweiten Wachstum liegt bei mehr als 60 Prozent (IWF). Diese **Dynamik** wirkt sich positiv auf deutsche Exporte aus: Während diese in den vergangenen Jahren weltweit im Schnitt um knapp drei Prozent expandierten, sind die Ausfuhren in den Indo-Pazifik mit rund sieben Prozent pro Jahr überdurchschnittlich gestiegen.

Trotz des wirtschaftlichen Einbruchs in Folge der COVID-19-Pandemie dürfte der indo-pazifische Raum mit seiner jungen Bevölkerung, einer aufstrebenden Mittelschicht und seiner dynamischen Wirtschaftsentwicklung in Zukunft noch stärker an wirtschaftlichem Gewicht für Deutschland und die EU insgesamt gewinnen. Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklung der Pandemie weiterhin sehr genau und wird zusammen mit ihren europäischen Partnern fortlaufend überprüfen, ob und inwieweit bestehende Einreisebeschränkungen weiter aufgehoben werden können.

Allein China ist für rund ein Drittel des Wachstums der Weltwirtschaft verantwortlich. Für die deutsche Wirtschaft hat China eine ganz erhebliche Bedeutung: Fast 50 Prozent des deutschen Außenhandels im indo-pazifischen Raum entfallen auf China. Davon profitieren beide Seiten. Auch für die Staaten des Indo-Pazifiks ist China der wichtigste Partner. Gleichzeitig gilt es, die Chancen der indo-pazifischen Region insgesamt in den Blick zu nehmen.

Die Bundesregierung will daher stärker als bisher alle sich im Indo-Pazifik bietenden Chancen und Möglichkeiten zur Diversifizierung und Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen nutzen. Mit einer **Diversifizierung von wirtschaftlichen Beziehungen** kann einerseits eine zu große Abhängigkeit von einem einzelnen Markt, einer Bezugsquelle für systemrelevante Güter oder einem einzelnen Lieferanten vermieden, andererseits das hohe Potential der gesamten Region besser ausgeschöpft werden. Hier sind eine ehrgeizige bilaterale und regionale Handelsagenda sowie die Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO) wichtige Beiträge zu resilienteren und abgesicherten Lieferketten. Die Bundesregierung setzt sich international, z. B. bei G20 aktiv für das Thema ein.

Diversifizierung bedeutet nicht Abschottung oder Ausgrenzung; Diversifizierung bedeutet vielmehr, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass deutsche Unternehmen mehr als bisher gerade im Indo-Pazifik weitere Märkte intensiver erschließen und dort investieren können.

Die Bundesregierung unterstützt mit großem Nachdruck die aktive Handelspolitik der Europäischen Union, mit dem Ziel der Stärkung des multilateralen Handelssystems mit der WTO im Zentrum, sowie die spezifische Handelspolitik der EU im indo-pazifischen Raum. Diese zielt darauf ab, einen besseren Marktzugang für europäische Produkte zu erreichen, Lieferketten zu sichern sowie fairen Wettbewerb und Nachhaltigkeit zu fördern. Auch den Partnern im indo-pazifischen Raum bietet sie die Möglichkeit, ihre Handelsbeziehungen zu diversifizieren, um nicht zu sehr in einseitige Abhängigkeit zu geraten. Die Bundesregierung hat ein großes Interesse an raschen Fortschritten beim Abschluss von modernen **EU-Freihandels- und Investitionsschutzabkommen** mit den Partnern in der Region. Ziel dieser Abkommen ist es, bestehende Handels- und Investitionshemmnisse beidseitig abzubauen sowie verbindliche Regeln für Klimaschutz, Wettbewerbspolitik, Staatsunternehmen, Subventionen und den Schutz geistigen Eigentums sowie soziale (u. a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen zu verankern.

Bereits 2011 hat die EU das erste Freihandelsabkommen im indo-pazifischen Raum mit dem Partnerland **Südkorea** abgeschlossen. Die Bundesregierung will die Chancen des Abkommens noch besser nutzen und setzt sich für die Prüfung notwendiger Anpassungen ein. 2019 ist das EU-Freihandelsabkommen mit **Japan** in Kraft getreten. Mit diesen beiden Freihandelsabkommen konnten für den wichtigen Markt **Ostasien** günstige Rahmenbedingungen für die deutsche und europäische Wirtschaft geschaffen werden.

Die EU verhandelt derzeit mit **Australien** und **Neuseeland** jeweils über ein Freihandelsabkommen. Die Abkommen bieten die Chance, ambitionierte Standards für eine moderne, nachhaltige und offene Handelspolitik weiterzuentwickeln. Durch die Freihandelsabkommen erwartet die EU einen weiteren erheblichen Anstieg des Handelsvolumens mit den beiden Ländern.

Eine besondere Bedeutung kommt **Südostasien** bzw. **ASEAN** zu. ASEAN umfasst zehn Mitgliedstaaten mit einer jungen Bevölkerung von rund 630 Millionen Menschen, eine aufstrebende Mittelschicht sowie einen Wirtschaftsraum mit einem jährlichen durchschnittlichen Wachstum von fast fünf Prozent in den letzten vier Jahren. Mit **Singapur** hat die EU 2019 das erste Freihandelsabkommen in Südostasien geschlossen. Im Jahr 2020 konnte die EU zudem mit **Vietnam** ein Freihandelsabkommen zum Abschluss bringen. Die EU ist derzeit in Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit **Indonesien**. Darüber hinaus strebt die EU den Wiedereintritt in Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit **Thailand** und mit **Malaysia** an. Perspektivisch hat sie Interesse an einer Fortführung der Verhandlungen mit den **Philippinen**.

Langfristig sieht die Bundesregierung in diesem Netz von Freihandelsabkommen die Grundlage für ein **interregionales Abkommen zwischen der EU und ASEAN**. ASEAN ist aus Sicht der Bundesregierung ein attraktiver Partner für ein solches Abkommen, da es selbst einen gemeinsamen Wirtschaftsraum anstrebt. Hierfür hat ASEAN die ASEAN Economic Community (AEC) als regionale Wirtschaftsgemeinschaft gegründet mit dem Ziel, einen Binnenmarkt mit freiem Waren- und Kapitalverkehr zu schaffen.

Neben Südostasien ist auch in **Indien** für die Zukunft mit einer großen wirtschaftlichen Dynamik zu rechnen. Die Bundesregierung unterstützt die Reformbemühungen auf indischer Seite, um Investitionshemmnisse abzubauen, und setzt sich mit Nachdruck für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu einem **umfassenden und ambitionierten Freihandelsabkommen** einschließlich Nachhaltigkeitsbestimmungen zwischen Indien und der EU sowie für die Neuregelung des Investitionsschutzes ein.

Die Textilindustrie hat in einigen Ländern in Südasien als beschäftigungsintensivste und exportstärkste Industrie eine Schlüsselrolle. Infolge des tragischen Einsturzes der Textilfabrik Rana Plaza 2013 hat die Bundesregierung 2014 das **Bündnis für Nachhaltige Textilien** initiiert. Ziel ist, die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Textilindustrie in Niedriglohnländern zu verbessern. Die nachhaltige Entwicklung dieser Industrie kann aufgrund ihrer zentralen Bedeutung in den Partnerländern Vorbildfunktion für andere Industrien haben.

Auch mit sektoralen Initiativen wie dem **Grünen Knopf** als staatliches Siegel für sozial und ökologisch hergestellte Textilien fördert die Bundesregierung eine faire und nachhaltige Textilproduktion im indo-pazifischen Raum.

Die bilateralen Freihandelsabkommen der EU mit Ländern des Indo-Pazifiks sind die zentralen Bausteine der EU-Außenhandelsstrategie. Das steigende demographische, wirtschaftliche und politische Gewicht der Region verleiht den

EU-Freihandelsabkommen mit verbindlichen und ambitionierten Bestimmungen zu Marktzugang, Wettbewerb, Staatsunternehmen, Subventionen, sanitären und phytosanitären Maßnahmen, Schutz geistigen Eigentums, Abfluss von Know-How, Einhaltung internationaler Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards sowie des Pariser Klimaabkommens und der Biodiversitätsrahmenkonvention **strategische Bedeutung**. Auf diese Weise gestalten Deutschland und die EU die Regelsetzung im internationalen Handelssystem und die Globalisierung mit.

Die Bundesregierung setzt sich für nachhaltige globale Lieferketten ein, in denen die Menschenrechte und Umweltschutz im Einklang mit den international anerkannten Vorgaben wie den VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, der ILO-Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik und den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen geschützt und umgesetzt werden. Darüber hinaus vertritt die Bundesregierung die Ansicht, dass moderne Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit **Partnerschafts- und Kooperationsabkommen** einhergehen sollten, da sie einen wichtigen Rahmen und Grundlage für einen politischen Dialog u. a. zu Menschenrechten und Umweltschutz bieten.

Freihandelsabkommen dienen aus der Sicht der Bundesregierung nicht alleine wirtschaftlichen Interessen. Sie sind ein **Bekenntnis zum regelbasierten, fairen Freihandel** und ein zentraler Baustein im allgemeinen Austausch mit dem betreffenden Partner.

Die Bundesregierung begrüßt Initiativen zu **regionalen Freihandelsabkommen** wie der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) und dem Comprehensive and Progressive Agreement for Transpacific Partnership (CPTPP), die regionale Integration stärken. Auch deutsche und europäische Unternehmen, die im Indo-Pazifik tätig sind, profitieren von diesen beiden Abkommen, da hierdurch Zölle abgesenkt und regulatorische Handelshemmnisse abgebaut werden.

China ist **größter Warenhandelspartner** Deutschlands – nicht nur im indo-pazifischen Raum, sondern weltweit. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China ist durch eine enge Verflechtung chinesischer und deutscher Produktionsstätten charakterisiert. Diese enge Zusammenarbeit erfordert gleiche Wettbewerbsbedingungen für deutsche und europäische Unternehmen in China mit gleichen Regeln für alle Beteiligten einschließlich der staatseigenen Unternehmen, den Abbau von Marktzugangsschranken sowie faktischer Handels- und Investitionshemmnisse und den Schutz vor erzwungenem Technologietransfer sowie den effektiven Schutz geistigen Eigentums. Hierzu ist die Bundesregierung mit der chinesischen Regierung kontinuierlich im Gespräch.

Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass nur eine geeinte europäische China-Politik im Sinne dieser Ziele erfolgreich sein kann. Sie unterstützt die EU deshalb in ihrem strategischen Ansatz im Umgang mit China.

Die Bundesregierung unterstützt die seit 2013 laufenden Verhandlungen der EU für ein umfassendes und ambitioniertes **Investitionsabkommen** mit China. Dieses Abkommen soll bestehende Marktzugangsasymmetrien abbauen, europäischen Unternehmen faire und diskriminierungsfreie Wettbewerbsbedingungen ermöglichen sowie einen modernen Investitionsschutz und die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards garantieren. Die Bundesregierung ist überzeugt, dass der dynamische chinesische Markt auch künftig Chancen bieten wird, die deutsche und europäische Unternehmen nutzen wollen.

Auf nationaler Ebene flankiert die Bundesregierung die Chancen in der indo-pazifischen Region, die sich deutschen Unternehmen bieten, durch das Instrument der **strategischen Auslandsprojekte**. Investitionen in den Bereichen Infrastruktur,

Mobilität, Energie und Digitalisierung bergen großes Potential; die Bundesregierung koordiniert und unterstützt auf politischer Ebene Projekte deutscher Unternehmen in diesen Bereichen. Sie will das Potential strategischer Auslandsprojekte künftig stärker und gezielter nutzen.

Die alle zwei Jahre stattfindende **Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft** (APK) ist die bedeutendste deutsche Wirtschafts- und Netzwerkveranstaltung im Indo-Pazifik. Sie versammelt Vertreter aus Politik und Wirtschaft und bietet Unternehmen und Entscheidungsträgern aus Deutschland und der Region eine Plattform zum Austausch über aktuelle wirtschaftsbezogene Themen. Die APK ist Ausdruck des großen Interesses Deutschlands, seines Vertrauens in die guten wirtschaftlichen Beziehungen und seiner Zuversicht in die Perspektiven, die der indo-pazifische Raum in wirtschaftlicher Hinsicht bietet. Die Bundesregierung unterstützt die Bemühungen, das Konferenzformat der APK als Flaggschiff deutscher Wirtschaftstätigkeit im Ausland weiter auszubauen.

Bei der Gestaltung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen stützt sich die Bundesregierung auch bei den Ländern des Indo-Pazifiks seit Jahrzehnten erfolgreich auf eine Bandbreite von Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung. Institutionelles Rückgrat bilden die **Auslandshandelskammern** (AHKs). Deren Kompetenz ermöglicht es, im Gleichklang mit den deutschen Auslandsvertretungen nicht nur die Wirtschaftsbeziehungen zu pflegen und deutsche Unternehmen im Gastland zu unterstützen, sondern auch Bereiche für eine Intensivierung der Handelsbeziehungen zu identifizieren und erschließen zu helfen. In vielen Fällen sind sie unverzichtbar bei der Vermittlung von Know-How im Bereich der dualen Bildung. Die Bundesregierung prüft laufend Möglichkeiten, mittel- bis langfristig das Netz der Auslandshandelskammern zu unterstützen.

Die EU setzt die **European Economic Diplomacy** (EU-Wirtschaftsdiplomatie) dafür ein, wirtschaftliche Interessen der Europäischen Union stärker voranzubringen. Um EU-Politiken im Indo-Pazifik kohärenter zu gestalten und vertiefte Partnerschaften sowohl unter den EU-Mitgliedstaaten als auch in der Region zu fördern, befürwortet die Bundesregierung europäische Handelskammern (**European Business Organisations**, EBOs) im Indo-Pazifik, soweit diese als „Kammer der Kammern" das Netz der deutschen AHKs ergänzen und nicht in Konkurrenz zu diesen treten.

Als Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland für Außenwirtschaft und Standortmarketing bietet **Germany Trade & Invest** (GTAI) auch für die Länder im Indo-Pazifik ein umfangreiches Informations- und Service-Angebot. Dieses umfasst insbesondere Analysen zur Wirtschaftslage, Branchen und geschäftspraktischen Themen sowie Informationen zu Recht, Zoll und Ausschreibungen. In der wirtschaftlich dynamischen Region des Indo-Pazifiks betreibt die GTAI insgesamt 13 Büros. Dadurch werden vor Ort dauerhafte Beziehungen zu Ansprechpartnerinnen und –partnern aus Unternehmen, Verbänden, Regierungsstellen und Institutionen aufgebaut. Der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie sowie der „Belt-and-Road"-Initiative widmet die GTAI dabei besondere Aufmerksamkeit.

Flankierend werden im Rahmen des **KMU-Markterschließungsprogramms (MEP)** auch Markterkundungs- und Geschäftsanbahnungsreisen deutscher Unternehmen in die indo-pazifische Region sowie sogenannte Einkäuferreisen regionaler Unternehmen und Multiplikatoren nach Deutschland angeboten.

Das **Auslandsmesseprogramm** der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem **Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft** (AUMA) ermöglicht es Unternehmen, mit Produkten „made in Germany“ auf Auslandsmessen zu günstigen Bedingungen im Rahmen von Gemeinschaftsbeteiligungen auszustellen. Hierbei gehört der indo-pazifische Raum zu den wichtigsten Zielregionen.

Mangelnde Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist eines der größten Investitionshindernisse für deutsche Unternehmen sowie zentrales Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die beruflichen Chancen der Menschen in Ländern des indo-pazifischen Raums. Deutschland arbeitet mit vielen Partnern vor Ort teilweise seit Jahrzehnten intensiv in der **Berufsbildung** zusammen, auch mit Blick auf die Erfordernisse deutscher Unternehmen, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen oder heranzubilden. Die Bundesregierung unterstützt ihre Partnerländer dabei, zukunftsorientierte Strukturen und Kapazitäten der beruflichen Bildung auf- und auszubauen. Die Förderung beruflicher Bildung orientiert sich an den Schlüsselmerkmalen der dualen Berufsbildung in Deutschland. Dabei sind die Prinzipien der Praxisorientierung und Ausrichtung am Bedarf der Wirtschaft handlungsleitend.

Deutschland ist Schlüsselpartner bei der Formulierung nationaler Berufsbildungsstrategien. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bezieht die Bundesregierung neben der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auch private Akteure, darunter Auslandshandelskammern, Wirtschaftsverbände in internationalen Berufsbildungskooperationen, lokale Unternehmen, aber auch zivilgesellschaftliche und kirchliche Akteure ein. Neben der Förderung konkreter Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen werden zahlreiche Beiträge zur Reform der Berufsbildungssysteme der Partnerländer geleistet. Duale Berufsausbildung ist zugleich ein wichtiger Baustein der Außenwirtschaftsförderung und unterstützt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei ihrem Auslandsengagement. Die so entstandenen Strukturen dienen auch der deutschen Bildungswirtschaft häufig als Anknüpfungspunkt für ihre Investitionen. In Ländern und Regionen, in denen diese Prozesse noch am Anfang stehen, wird das Engagement der Bundesregierung fortgeführt und laufend überprüft.

Zu einer nachhaltigen **Vertiefung der Handels- und Investitionsbeziehungen** auf Augenhöhe leistet die Mobilität von Studierenden, Forscherinnen und Forschern, Fachkräften sowie Managerinnen und Managern einen zentralen Beitrag, insbesondere auch in internationalen Unternehmen. Für viele von ihnen ist Deutschland im Herzen der EU ein attraktives und begehrtes Zielland; für deutsche Unternehmen wie auch deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind sie eine große Bereicherung.

Die Bundesregierung wird hierzu nach Möglichkeit personelle und organisatorische Kapazitäten bei der Prüfung von Visaanträgen und bei der Vergabe von Visa im Rahmen verfügbarer Ressourcen ausbauen. Durch die Einführung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens, die neue „Zentrale Servicestelle Berufsanerkennung“, die bereits angelaufene Visumbearbeitung aus dem Inland in einer zentralen Arbeitseinheit im Auswärtigen Amt und perspektivisch dann im neuen Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten sowie die weitere Digitalisierung im Visumverfahren wird der Einreiseprozess weiter beschleunigt und effizienter gestaltet. Auslandshandelskammern können in Abstimmung mit den Auslandsvertretungen im Visumverfahren Antragstellende bei der Zusammenstellung vollständiger Unterlagen unterstützen.

Räume und Märkte regelbasiert vernetzen und digital transformieren

Die Vernetzung und digitale Transformation von Räumen, Märkten und Maschinen werden die künftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der Europäischen Union wesentlich mitbestimmen. Wirtschaftswachstum und Wohlstand hängen hiervon maßgeblich ab. Angesichts der großen wirtschaftlichen Chancen im Indo-Pazifik strebt die Bundesregierung gemeinsam mit der EU eine bessere Vernetzung dieser Region mit Europa und eine engere Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation an. Hierfür ist eine entsprechende Infrastruktur in den Bereichen Transport, Energie und Digitales erforderlich. Für Deutschland ist **nachhaltige Konnektivität** – das Schaffen und der Ausbau von Infrastruktur – mit den Haupthandelspartnern im indo-pazifischen Raum ein wichtiges Anliegen; ebenso wichtig ist aber auch die Konnektivität zwischen den Ländern des Indo-Pazifiks, damit der Austausch innerhalb der Region intensiviert werden kann.

Im indo-pazifischen Raum ist der Bedarf an Infrastrukturförderung besonders hoch; die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) schätzt ihn auf 1,4 Bio. EUR pro Jahr bis zum Jahr 2030. In der Vergangenheit standen keine ausreichenden Finanzmittel zur Deckung dieses Bedarfs zur Verfügung. Wichtiger Akteur im Bereich **Infrastrukturfinanzierung** ist China. Mit der „Belt and Road"-Initiative macht China Ländern im Indo-Pazifik und darüber hinaus Angebote zur Realisierung von Infrastrukturprojekten, die die Zielländer mit dem chinesischen Markt verbinden sollen. Staatseigene chinesische Banken stellen hierfür Kredite zur Verfügung. Auf Seiten der Zielländer birgt die Aufnahme großer Kredite bei ungenügender Prüfung der Schuldentragfähigkeit die Gefahr, in starke, **einseitige Verschuldung** zu geraten. Zum Teil hat dies dazu geführt, dass Eigentum an kreditfinanzierter Infrastruktur an den Gläubiger übertragen werden musste. Auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ist die „Belt and Road"-Initiative international Kritik ausgesetzt.

Die Bundesregierung unterstützt mit Nachdruck die Diskussion zu nachhaltiger Infrastruktur bei G20 und die von der EU 2018 verabschiedete **EU-Asien-Konnektivitätsstrategie**. Mit dieser Strategie hat die EU einen eigenen Ansatz zur Verbesserung der Konnektivität zwischen Europa und dem Indo-Pazifik vorgelegt und bietet sich als aktiver Partner hierfür an, der im Einklang mit Nachhaltigkeit, Transparenz und Gleichbehandlung handelt. Im Bereich **Transport** zielt die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie darauf ab, Europa mit dem indo-pazifischen Raum – aber auch den indo-pazifischen Raum selbst – über Verkehrsnetze besser zu vernetzen.

Mit Abschluss eines umfassenden Luftverkehrsabkommens zwischen der EU und ASEAN (**EU-ASEAN Comprehensive Air Transport Agreement CATA**) werden weltweit erstmals zwei ganze Regionen vertraglich miteinander verbunden. Das CATA wird eine Bevölkerung von mehr als 1,1 Milliarden Menschen umfassen.

Im **Energiesektor** will die EU regionale Energieplattformen schaffen sowie moderne Energiesysteme und umweltfreundliche Lösungen anbieten und im Bereich der **digitalen Konnektivität** den Zugang zu digitalen Diensten verbessern. Dabei wird dem Schutz der verbraucher- und personenbezogenen Daten eine hohe Priorität eingeräumt.

Die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie stellt den Ausbau von Infrastruktur auf der Grundlage von international vereinbarten Normen und Standards in den Vordergrund, vor allem in den Bereichen Umwelt, Arbeitsschutz, Arbeitsstandards und Rechtsstaatlichkeit. Sie betont den Erhalt der wirtschaftlichen und politischen Souveränität der Zielländer. **Nachhaltigkeit, Schuldentragfähigkeit, Transparenz** sowie **partnerschaftliche**

Zusammenarbeit kommen bei der finanziellen Förderung von Projekten durch die EU eine entscheidende Rolle zu.

Um **Marktzugang** und grenzüberschreitenden Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr im indo-pazifischen Raum zu fördern, bedarf es kohärenter und aufeinander abgestimmter Vorschriften, Standards und Verfahren. Von **Standardisierung und Kohärenz** profitieren neben den Märkten des Indo-Pazifiks auch deutsche und europäische Unternehmen, die dort investieren möchten.

Aufbauend auf der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie hat die EU sich mit Japan auf eine Partnerschaft für nachhaltige Konnektivität und qualitativ hochwertige Infrastruktur verständigt (**Partnerschaft zwischen der EU und Japan über nachhaltige Konnektivität und Qualitätsinfrastruktur**). Ziel ist der Ausbau von Infrastruktur unter Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit der Zielländer sowie die Vermeidung übermäßiger Verschuldung.

Als weiterer Partner im Bereich Konnektivität bietet sich ASEAN an. Mit dem **Master Plan on ASEAN Connectivity 2025 MPAC 2025** hat ASEAN eine eigene Regionalinitiative geschaffen, bei deren Schwerpunkten und Zielen es große Übereinstimmungen mit der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie gibt. Der MPAC 2025 räumt der Realisierung von konkreten Projekten in den Bereichen Transport, Energie sowie Informations- und Kommunikationstechnik hohe Priorität ein.

Der Erfolg der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie hängt maßgeblich von **finanziellen Ressourcen** ab. Die EU bündelt hierzu die Finanzierungsquellen internationaler Finanzinstitutionen, multilateraler Entwicklungsbanken und des Privatsektors, um eine nachhaltige nationale und internationale Finanzierung zu gewährleisten.

Der Förderung nachhaltiger Konnektivität wird in der reformierten **EU-Außenfinanzierung** nach 2021 eine hohe Bedeutung zukommen. Neben Zuschüssen für relevante Projekte soll das neue **Globalinstrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI)** Ressourcen für strategische Investitionen bereithalten. Nach den Vorschlägen der EU-Kommission könnten durch EU-Garantien von bis zu 60 Mrd. EUR bis 2027 weltweit insgesamt 500 Mrd. EUR Investitionen gehebelt werden. Hiervon werden passende Projekte zur Förderung nachhaltiger Konnektivität im gesamten Indo-Pazifik profitieren.

Die **Europäische Investitionsbank EIB** hat in den Jahren 2013 bis 2017 knapp 7,5 Mrd. EUR für Infrastrukturprojekte im indo-pazifischen Raum zur Verfügung gestellt; mehr als zwei Drittel der Mittel kamen Vorhaben in den Sektoren Energie und Transport zugute.

Auf nationaler Ebene kann in erster Linie die Bankengruppe der **Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW** Infrastrukturvorhaben im Indo-Pazifik finanziell unterstützen: Die KfW Entwicklungsbank fördert im Auftrag der Bundesregierung insbesondere den Ausbau erneuerbarer Energien und städtischer Transportsysteme sowie die Verbesserung von Trinkwasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung. Auch die KfW-Tochtergesellschaft Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) finanziert Projekte im Bereich erneuerbarer Energien- und Wasserversorgung. Die KfW IPEX-Bank engagiert sich in den Bereichen der nachhaltigen Energieerzeugung, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Energie- und Verkehrs- sowie digitalen Infrastruktur. Ziel ist neben der Unterstützung der deutschen und europäischen Exportwirtschaft bei der Erschließung neuer Märkte vor allem eine nachhaltige Entwicklung der Region. Die KfW bietet hierfür langfristige Finanzierungsmöglichkeiten für private und staatliche Partner. Alle drei Bereiche der KfW Bankengruppe haben für den Zeitraum von 2017 bis 2019 rund fünf

Mrd. EUR bereitgestellt. Eine Kreditvergabe in ähnlichem Volumen ist aufgrund der Bedeutung der Region für die KfW auch im kommenden 3-Jahreszeitraum realistisch.

Neben einer zunehmenden Vernetzung wird auch die **digitale Transformation** die Integration der Märkte in Europa und des Indo-Pazifiks voranbringen. Die Integration von Märkten umfasst im digitalen Zeitalter die intelligente Vernetzung von Maschinen und Produktionsprozessen und damit die Schaffung hochflexibler und dynamischer Wertschöpfungsnetzwerke. Die Ermöglichung einer solchen **Industrie 4.0** ist aufgrund des immensen Datenflusses und den Anforderungen an IT- und Datensicherheit eine zentrale politische Gestaltungsaufgabe.

Deutsche Firmen sind führende Anbieter von Industrie 4.0-Technologien. Zugleich bringt Deutschland die eigene, laufende Erfahrung der Umstellung seiner Produktion mit. Deutschland ist daher für viele Länder des Indo-Pazifiks ein gesuchter Partner.

Umgekehrt ist der indo-pazifische Raum auch für deutsche Industrie 4.0-Anbieter sehr attraktiv. Zahlreiche Länder der Region streben eine Modernisierung und Digitalisierung ihrer Produktion an. Der Bedarf an entsprechenden Maschinen und Technologien ist hoch.

Die Bundesregierung unterhält einen intensiven **Digitaldialog mit Japan**. Deutsche und japanische Unternehmens- und Verbändevertreter werden eng eingebunden. Themen wie Kooperationen, Regulierungsfragen, 5G, Sicherheit, Datennutzung, Künstliche Intelligenz, Big Data und Emerging Technologies stehen im Mittelpunkt des Austausches. Die Bundesregierung hat sich auch mit Südkorea über die zeitnahe Einrichtung eines Digitaldialogs verständigt, der einen engen Austausch zu den Themenfeldern 5G, Künstliche Intelligenz und Cloudanwendungen vorsieht. Dabei sollen Unternehmen aus Deutschland und **Südkorea** einbezogen werden. Auch bei Industrie 4.0 soll die bereits auf Experten- und Fachebene bestehende Kooperation erweitert werden.

Seit 2016 besteht eine **Kooperation mit Japan bei Industrie 4.0**, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit und Standardisierung. Ziel ist, insbesondere bei internationalen Rahmenbedingungen für Industrie 4.0 zusammenzuarbeiten sowie kleinere und mittlere Unternehmen zu unterstützen, um den jeweils anderen Markt zu erschließen.

Ziel der seit 2015 laufenden **Kooperation mit China bei Industrie 4.0**. ist, das Umfeld und die Rahmenbedingungen für deutsche und chinesische Unternehmen zu verbessern sowie digitale Entwicklungen in der Industrie aktiv zu gestalten. Über 80 deutsche und chinesische Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft arbeiten kontinuierlich zusammen, um Handlungsempfehlungen an die Politik und Wirtschaft beider Länder zu entwickeln. Die Expertengruppen zeigen anhand von Praxisbeispielen, wie etwa Unternehmen in Zukunft digitale Geschäftsmodelle entwickeln können.

Auch mit **Australien** unterhält Deutschland eine enge Partnerschaft zur Industrie 4.0. Die Kooperation der deutschen **Plattform „Industrie 4.0“** und der australischen Plattform „Australian Industry 4.0 Advanced Manufacturing Forum“ ermöglicht deutschen und australischen Unternehmen einen engen Austausch und bietet Gelegenheiten zur intensivierten Zusammenarbeit.

Für eine wirkungsvolle Industrie 4.0 ist aufgrund hoher Datenvolumina und kurzer Reaktionsgeschwindigkeiten bei der Steuerung der Anlagen **5G Technologie** unausweichlich. Zugleich muss gerade die Dateninfrastruktur höchsten Sicherheitsanforderungen genügen. Neben

sicherheitstechnischen Aspekten berücksichtigt die Bundesregierung die Vertrauenswürdigkeit von Anbietern kritischer Komponenten. Dies umfasst auch die rechtlich-politischen Rahmenbedingungen, denen ein Anbieter unterliegt.

Zu den Schlüsseltechnologien der digitalen Transformation zählt **Künstliche Intelligenz KI**, eine auf Methoden der Mathematik und Informatik beruhende Technologie, mit der Systeme insbesondere durch lernende Verfahren Muster erkennen und Aufgaben ausführen können. Dazu gehören auch weitere Technologien wie Quantencomputing und Biotechnologie.

China strebt an, im Bereich KI und Quantencomputing bis 2030 die Führung einzunehmen. Der technologische Wettbewerb zwischen China und den USA treibt die Welt in Richtung einer Spaltung in zwei konkurrierende Techno-Sphären und erhöht den Druck auf Deutschland und die EU.

Die Bundesregierung ist sich der Herausforderungen im Bereich KI bewusst. Sie setzt sich für eine starke Rolle der EU ein und begrüßt das **KI-Weißbuch der Europäischen Kommission**. 2018 hat sie die **Strategie Künstliche Intelligenz** beschlossen, damit Deutschland auf diesem Gebiet weiterhin zur Weltspitze gehört. Für die **Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas** ist es von zentraler Bedeutung, **Forschung und Transfer** in die Wirtschaft weiter zu stärken. Weiteres Ziel der Bundesregierung ist eine **verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Nutzung** von KI. Im Partnerland muss ein vertrauenswürdiger Umgang mit KI gewährleistet sein.

Um Künstliche Intelligenz erfolgreich zu entwickeln und zu gestalten, verzahnt die Bundesregierung ihre Aktivitäten mit bi- und multilateralen Initiativen wie der im Juni 2020 gestarteten **Globalen Partnerschaft zur Künstlichen Intelligenz** (GPAI), aber auch in Organisationen wie der OECD und Formaten wie G7 und G20.

Verfügbarkeit, Einsatz und Beherrschung neuer digitaler Technologien werden nicht nur über Konnektivität, sondern auch über die eigene **digitale Souveränität** entscheiden. Digitale Souveränität bedeutet, die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen und Institutionen, ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können. Auf Feldern neuer und bestehender digitaler Technologien ist die eigene Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken und zu entscheiden, in welchen Bereichen welcher Grad an Unabhängigkeit erwünscht oder notwendig ist. Eine solche Ausübung ist insbesondere für die Öffentliche Verwaltung zur Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben durch digitale Verwaltungsprozesse wichtig. Bei Schlüsseltechnologien bedeutet dies zudem, über eigene Fähigkeiten auf internationalem Spitzenniveau zu verfügen und in der Lage zu sein, seine Integrität nach innen und außen hin zu schützen.

Zur Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands und der EU müssen einseitige technologische oder wirtschaftliche Abhängigkeiten vermieden werden. Außerdem müssen **wirtschaftliche und sicherheitspolitische Risiken** im Datenschutz, geistigen Eigentum und unkontrollierten Wissensabfluss minimiert werden. Dabei verfolgt die Europäische Union einen menschenzentrierten Ansatz, der die Achtung der Grund- und Menschenrechte mit der bestmöglichen Nutzung der Vorteile digitaler Technologien in Einklang bringt. Die Bundesregierung sieht dies als gute Grundlage für eine europäische Positionierung und Mitgestaltung globaler Debatten durch die Europäische Union.

Die Europäische Union strebt an, ihre eigenen Stärken und Kompetenzen im Bereich digitaler Schlüsseltechnologien auszubauen. Mit der von Deutschland und Frankreich initiierten europäischen Initiative **GAIA X**, die den Aufbau einer souveränen europäischen Dateninfrastruktur zum Ziel hat, streben die beteiligten Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft, EU-Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission an, gegenüber führenden Cloud-Anbietern aus den USA und China wettbewerbsfähig zu sein.

Die Bundesregierung sieht in der digitalen Transformation **enorme Chancen** für eine aktive Globalisierungsgestaltung. Digitale Zukunftstechnologien bieten neue Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaftswachstum, bei der Urbanisierung, im Kampf gegen Pandemien, Umweltbelastungen und den Klimawandel. Einige Länder des indo-pazifischen Raumes haben das Potential dieser Zukunftstechnologien bereits erkannt. Die Bundesregierung strebt eine enge Kooperation mit Partnern wie Japan, Indien und Südkorea bei Forschung, Entwicklung und Standardisierung sowie einen Schulterschluss auf multilateraler Ebene im Bereich Zukunftstechnologien an. Darüber hinaus sucht die Bundesregierung einen visionären Austausch hierzu jenseits von 5G.

Menschen über Kultur, Bildung und Wissenschaft zusammenbringen

Die Zusammenarbeit im Bereich Kultur, Bildung und Wissenschaft schafft Vertrauen, ermöglicht Dialog und stärkt unsere Beziehungen, gerade auch im vorpolitischen Raum. Die Bundesregierung betreibt zahlreiche Plattformen und Netzwerke im und mit dem indo-pazifischen Raum, auf denen Begegnung und Verständigung gefördert und das gemeinsame Erarbeiten von kulturellem Wissen ermöglicht wird.

Einen besonderen Stellenwert hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung. Internationale Kooperation auf diesem Gebiet trägt dazu bei, Antworten auf die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen. Dazu gehört auch das Eintreten für die Freiheit der Wissenschaft als wesentliche Voraussetzung für gemeinsame Erkenntnis. Diesem Leitgedanken folgt auch die Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Mit Blick auf den indo-pazifischen Raum ist für die Bundesregierung die bewährte **wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (WTZ)** von herausragender Bedeutung. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Vertiefung und Diversifizierung der Beziehungen mit den teilweise hoch innovativen wie auch sich entwickelnden Partnerländern der Region. Der indo-pazifische Anteil an weltweit zugelassenen Patenten und Publikationen steigt kontinuierlich. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich ermöglicht Zugang zu einer dynamischen Forschungsregion, die mit führend in Zukunftsbereichen wie Digitalisierung, Quantentechnologie und Wasserstoffforschung ist, und ebnet den Weg für Technologieexport und Markterschließung gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen. Mit zahlreichen Staaten des indo-pazifischen Raumes hat die Bundesregierung bilaterale WTZ-Abkommen abgeschlossen.

Die intensive Vernetzung der deutschen und indischen Innovationslandschaften hat sich das 2010 von der Bundesregierung gemeinsam mit der indischen Regierung ins Leben gerufene **Indo-German Science and Technology Center** in Neu Delhi zur Aufgabe gemacht. Das Center fördert gezielt die Zusammenarbeit von Partnern aus Forschung und Industrie aus beiden Ländern und dient der Bundesregierung als Beispiel für den weiteren Ausbau derartiger Maßnahmen im indo-pazifischen Raum.

Die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der WTZ orientieren sich einerseits an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen. Bilaterale Aktivitäten und Initiativen bestehen in den Themenfeldern Bioökonomie, Klima-, Umwelt- und Gesundheitsforschung. Andererseits stehen in der Zusammenarbeit Querschnitts- und Schlüsselfelder wie Digitalisierung, Energieforschung und Produktionstechnologien im Fokus. Die Bundesregierung beabsichtigt, Fördermaßnahmen für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besonders für gemeinsame Forschungsvorhaben mit Wertepartnern im indo-pazifischen Raum im Bereich der strategischen und innovativen Zukunftsfelder auszubauen.

Im Rahmen der Förderung einer nachhaltigen Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Forschung wurden im indo-pazifischen Raum zwei Hochschulen unter deutscher Mitwirkung gegründet: die **Chinesisch-Deutsche Hochschule** der Tongji-Universität mit der Chinesisch-Deutschen Hochschule für angewandte Wissenschaften und dem Chinesisch-Deutschen Hochschulkolleg in Shanghai sowie die **Vietnamesisch-Deutsche Universität** in Ho-Chi-Minh-Stadt. Diese Leuchtturmprojekte der deutschen Außenwissenschaftspolitik will die Bundesregierung zukünftig in ihrer Entwicklung weiter begleiten und unterstützen.

Es bestehen über 5.000 Kooperationen zwischen deutschen und indo-pazifischen Hochschulen. Eine Vielzahl dieser Kooperationen wird von der Bundesregierung gefördert. Dazu zählen auch über 20 entwicklungsrelevante **Hochschulpartnerschaften** mit dem indo-pazifischen Raum mit besonderen Schwerpunkten in der Biodiversität und im Gesundheitsbereich. Eine dieser Kooperation mit der Hanoi Medical University in Vietnam konzentriert sich auf Erregerdiagnostik und zielt auf den Aufbau von Hochschul- und Bildungsmanagementkapazitäten ab.

Das **RoHan SDG-Graduiertenkolleg** ist ein über den DAAD gefördertes Leuchtturmprojekt, bei dem je zwei deutsche und vietnamesische Forschungseinrichtungen in Vietnam zusammengeschlossen worden sind. Durch den wissenschaftlichen Austausch und die gemeinsame Graduiertenausbildung im Querschnittsbereich der Katalyse werden globale ökologische, soziale und ökonomische Herausforderungen adressiert und das Ziel **nachhaltiger Entwicklung** verfolgt.

In den **Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäusern (DWIH)** in Neu Delhi und Tokyo wirken die deutschen Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen in Indien bzw. Japan eng zusammen und schaffen so wertvolle Synergien für die jeweilige Ausstrahlung im ganzen Land. Die Kooperationen mit Partnern vor Ort fokussieren sich auf Zukunftsbereiche wie Künstliche Intelligenz, Nanotechnologie, Frugal Innovation und nachhaltige Stadtentwicklung. Die Bundesregierung strebt an, dass die DWIH im indo-pazifischen Raum kontinuierlich weitere Themenfelder bearbeiten, um der innovativen Dynamik und dem Potential der Region gerecht zu werden. Daneben unterhält die Bundesregierung in der Region zahlreiche DAAD-Außenstellen und -Informationszentren, Exzellenzzentren sowie Zentren für Deutschland- und Europastudien. Mit ihrem Engagement trägt die Bundesregierung zur Stärkung der **Freiheit von Forschung und Lehre** bei.

Das **German-Southeast Asian Center of Excellence for Public Policy and Good Governance** (CPG) in Bangkok ist ein Forschungs-, Kompetenz- und Informationszentrum mit regionaler Ausstrahlung und widmet sich insbesondere den Themen Verfassungsrecht, Menschenrechte, Sicherheit und Frieden. Es wird mit Mitteln der Bundesregierung vom DAAD unterstützt.

Zur großen Bandbreite der **Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)** gehören auch traditionelle Handlungsfelder wie die Vermittlung eines modernen Deutschlandbildes oder die Förderung der deutschen Sprache und der Deutschen Auslandsschulen. Darüber hinaus widmet sie sich zunehmend auch neuen Aufgaben. Inzwischen sind der Einsatz für völkerrechtlich verbriefte Menschen- und Bürgerrechte und demokratische Werte, für Freiheit von Kulturschaffenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ebenso selbstverständlicher Bestandteil der AKBP wie die Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die Unterstützung von Medienschaffenden sowie Journalistinnen und Journalisten oder das Engagement im Bereich der Kreativwirtschaft.

Die Umsetzung der AKBP folgt einem dezentralen, pluralistischen Ansatz, der auf einer Arbeitsteilung zwischen deutschen Auslandsvertretungen, Mittlerorganisationen wie dem **Goethe Institut**, dem **Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD)** oder der **Alexander von Humboldt-Stiftung** sowie zahlreichen weiteren nationalen und internationalen Partnern beruht. Die AKBP hat den Anspruch, den zivilgesellschaftlichen Austausch über nationale Grenzen hinweg zu stärken.

Die Bundesregierung setzt sich über das Deutsche Archäologische Institut (DAI) gemeinsam mit Ländern des indo-pazifischen Raumes für die **Bewahrung ihres kulturellen Erbes** ein. Seit 2007 unterhält die KAAK (Kommission für Archäologie Außereuropäischer Kulturen des DAI) eine Forschungsstelle in Ulan Bator. 2009 gründete die Eurasien-Abteilung des DAI eine Außenstelle in Peking. Die Bundesregierung setzt das gemeinsame Engagement für den Kulturerhalt weiter fort. Neben den wissenschaftlichen Erkenntnissen trägt es zu nachhaltiger Verständigung und gegenseitigem Verständnis bei.

Das Interesse an Deutschland und an einer engen Zusammenarbeit im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik, insbesondere das Interesse an der **deutschen Sprache**, ist im indo-pazifischen Raum im letzten Jahrzehnt deutlich gestiegen. Die Zahl der Deutschlernenden im Indo-Pazifik hat die Millionen-Marke überschritten. China und Indien stellen inzwischen die größte und zweitgrößte Gruppe der Bildungsausländerinnen und -ausländer in Deutschland. In Japan unterhält der **DAAD** aufgrund des hohen Interesses im Hochschulbereich eines seiner weltweit größten Netzwerke. Die Zahl der **Kooperationen deutscher Hochschulen** mit der Region steigt stetig (Stand 2020: China 1400, Japan 800, Australien 600, Südkorea 550). Das Potential der Region und das Interesse an Zusammenarbeit sind bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Die Bundesregierung wird ihr Engagement im Bereich der AKBP daher kontinuierlich fortsetzen.

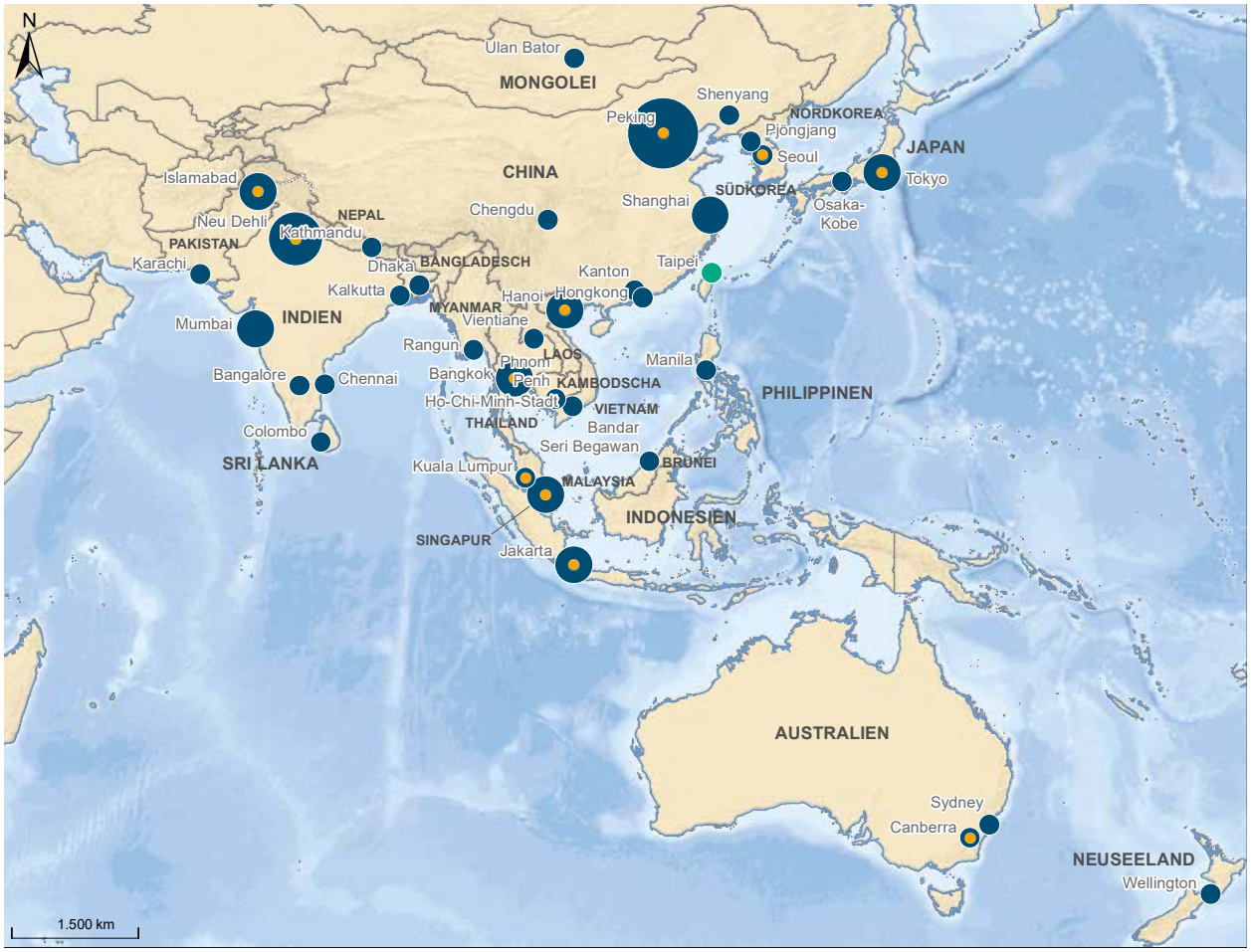
III

Aufstellung Deutschlands im Indo-Pazifik

Übersichten

Deutschland ist mit 38 Auslandsvertretungen, 31 Goethe-Instituten sowie 25 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der deutschen Wirtschaft im Indo-Pazifik gut aufgestellt. Im Zuge der Umsetzung der Leitlinien wird die Bundesregierung kontinuierlich überprüfen, inwieweit die deutsche Präsenz im indo-pazifischen Raum ausgebaut werden sollte.

Deutsche Auslandsvertretungen im Indo-Pazifik



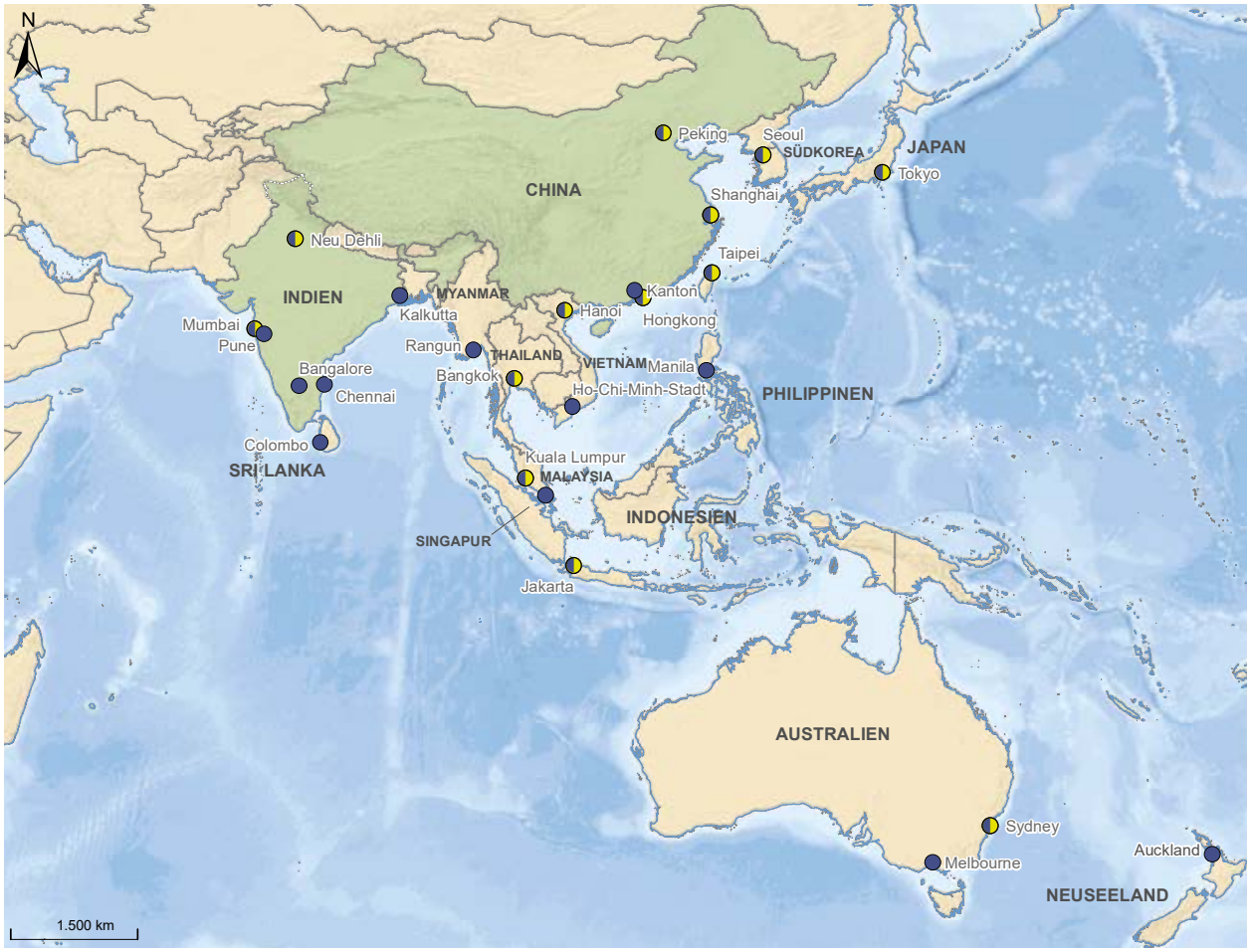
Größe entspricht der Anzahl der Dienstposten an deutschen Auslandsvertretungen

mehr als 90 | 61 – 90 | 31 – 60 | bis 30

- Auslandsvertretung mit Militärattachéstab
- Deutsches Institut Taipei

Quellen: Auswärtiges Amt, Made with Natural Earth (naturalearthdata.com), GADM, NASA/JPL/NIMA, BMVg, ZGeoBW, EU.
Die Darstellung, insbesondere der Grenzen und Ortsbezeichnungen im indo-pazifischen Raum, entspricht nicht zwangsläufig der offiziellen Position der Bundesregierung. Die gepunkteten Linien kennzeichnen den ungefähren Verlauf der zwischen Indien und Pakistan bestimmten „Line of Control" sowie der „Line of Actual Control" zwischen China und Indien. Eine Einigung auf die Grenzen und den endgültigen Status der Region Jammu und Kaschmir ist seitens der Parteien nicht erfolgt. Karte erstellt am 27.08.2020.

Wirtschaft



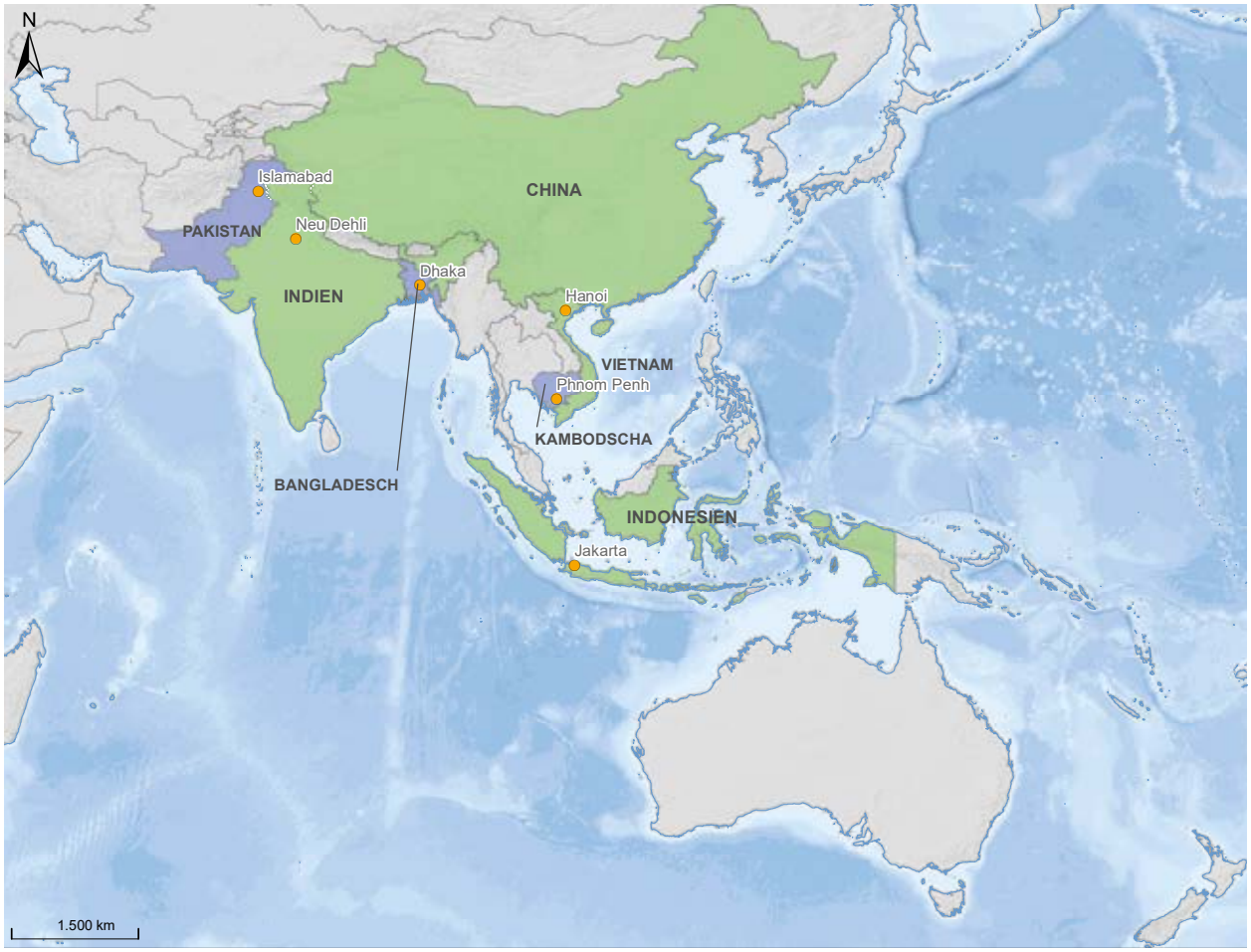
Auslandshandelskammern (AHK)
Germany Trade and Invest (GTAI)

- Standorte AHK
- Standorte AHK und GTAI

- Länder mit Berufsbildungskooperation mit Deutschland

Quellen: Auswärtiges Amt, Made with Natural Earth (naturalearthdata.com), GADM, NASA/JPL/NIMA, BMVg, ZGeoBW, EU.
Die Darstellung, insbesondere der Grenzen und Ortsbezeichnungen im indo-pazifischen Raum, entspricht nicht zwangsläufig der offiziellen Position der Bundesregierung. Die gepunkteten Linien kennzeichnen den ungefähren Verlauf der zwischen Indien und Pakistan bestimmten „Line of Control" sowie der „Line of Actual Control" zwischen China und Indien. Eine Einigung auf die Grenzen und den endgültigen Status der Region Jammu und Kaschmir ist seitens der Parteien nicht erfolgt. Karte erstellt am 27.08.2020.

Deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit



Partnerländer und Auslandsvertretungen mit WZ (Wirtschaftliche Zusammenarbeit)

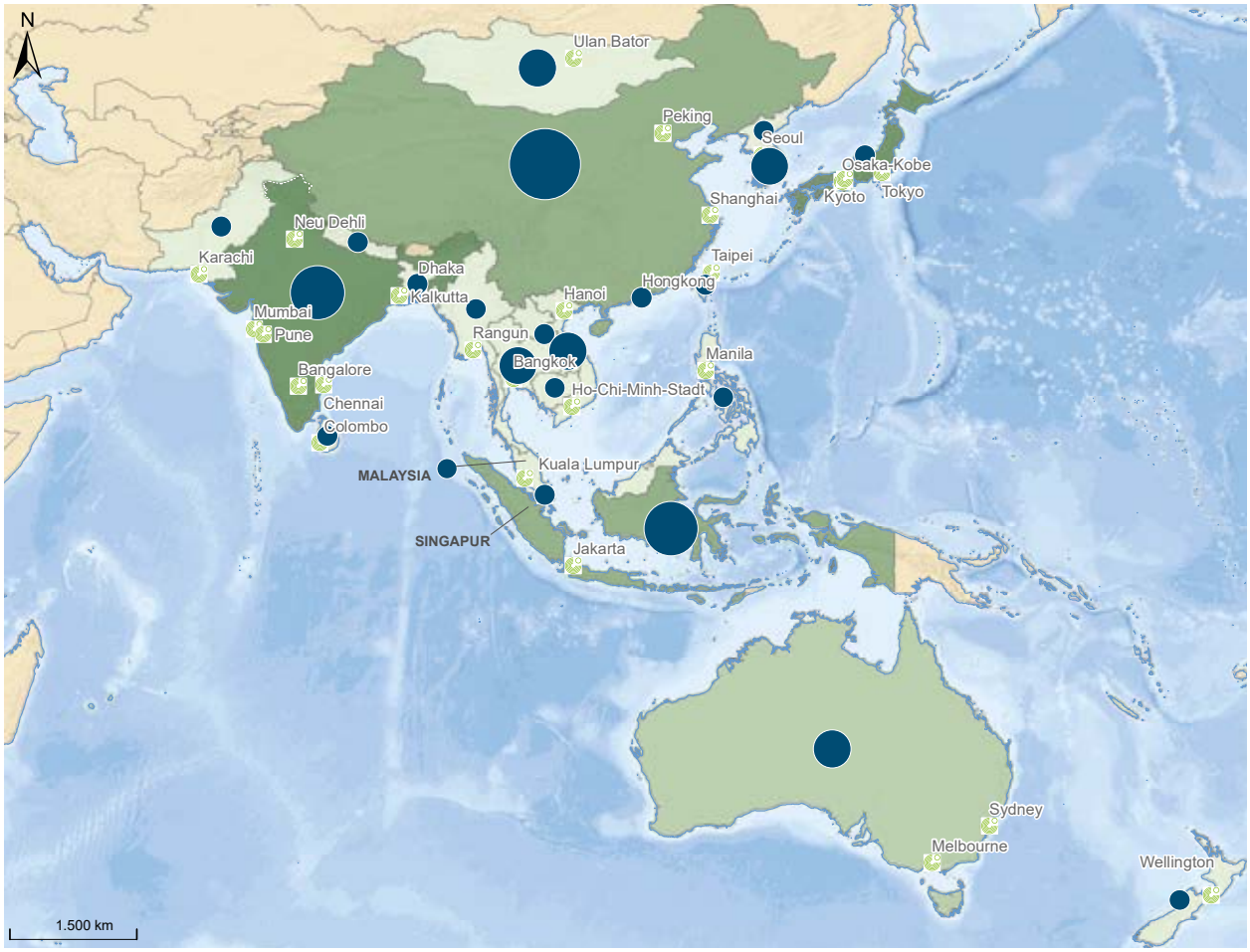
- Auslandsvertretung mit WZ-Referent

BMZ-Länderkategorie

- Bilaterale Partner
- Globale Partner

Quellen: Auswärtiges Amt, Made with Natural Earth (naturalearthdata.com), GADM, NASA/JPL/NIMA, BMVg, ZGeoBW, EU.
Die Darstellung, insbesondere der Grenzen und Ortsbezeichnungen im indo-pazifischen Raum, entspricht nicht zwangsläufig der offiziellen Position der Bundesregierung. Die gepunkteten Linien kennzeichnen den ungefähren Verlauf der zwischen Indien und Pakistan bestimmten „Line of Control" sowie der „Line of Actual Control" zwischen China und Indien. Eine Einigung auf die Grenzen und den endgültigen Status der Region Jammu und Kaschmir ist seitens der Parteien nicht erfolgt. Karte erstellt am 27.08.2020.

Kultur und Bildung



Größe der Kreise entspricht der Anzahl der PASCH-Schulen pro Land

mehr als 50 | 21 – 50 | 11 – 20 | bis 10

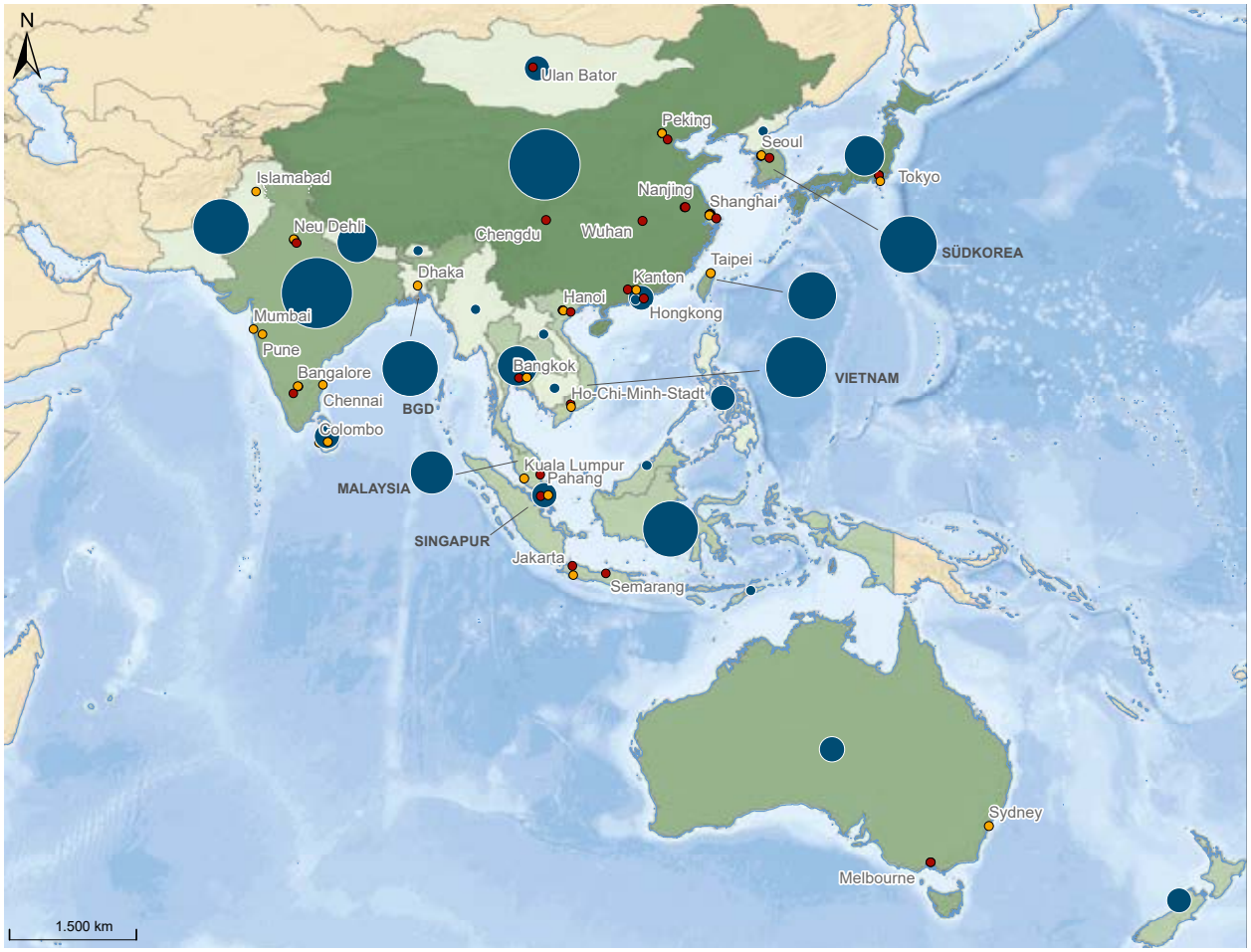
Goethe-Institut

Deutschlerner pro Land

bis 60.000 | bis 120.000 | bis 180.000 | über 180.000

Quellen: Auswärtiges Amt, Made with Natural Earth (naturalearthdata.com), GADM, NASA/JPL/NIMA, BMVg, ZGeoBW, EU.
Die Darstellung, insbesondere der Grenzen und Ortsbezeichnungen im indo-pazifischen Raum, entspricht nicht zwangsläufig der offiziellen Position der Bundesregierung. Die gepunkteten Linien kennzeichnen den ungefähren Verlauf der zwischen Indien und Pakistan bestimmten „Line of Control“ sowie der „Line of Actual Control“ zwischen China und Indien. Eine Einigung auf die Grenzen und den endgültigen Status der Region Jammu und Kaschmir ist seitens der Parteien nicht erfolgt. Karte erstellt am 27.08.2020.

Wissenschaft



Größe der Kreise entspricht der Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland

mehr als 10.000 | 3.001 – 10.000 | 801 – 3.000 | 101 – 800 | bis 100

- DAAD-Standorte
- Geförderte Institutionen (u. a. Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus Neu-Delhi und Tokyo (DWIH), Transnationale Bildungsprojekte, DAAD gefördertes Center of Excellence)

Anzahl der Kooperationen mit deutschen Hochschulen

bis 50 | bis 250 | bis 750 | mehr als 750

Quellen: Auswärtiges Amt, Made with Natural Earth (naturalearthdata.com), GADM, NASA/JPL/NIMA, BMVg, ZGeoBW, EU.
Die Darstellung, insbesondere der Grenzen und Ortsbezeichnungen im indo-pazifischen Raum, entspricht nicht zwangsläufig der offiziellen Position der Bundesregierung. Die gepunkteten Linien kennzeichnen den ungefähren Verlauf der zwischen Indien und Pakistan bestimmten „Line of Control“ sowie der „Line of Actual Control“ zwischen China und Indien. Eine Einigung auf die Grenzen und den endgültigen Status der Region Jammu und Kaschmir ist seitens der Parteien nicht erfolgt. Karte erstellt am 27.08.2020.

Herausgeber

Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
www.diplo.de
E-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de

Stand
August 2020

Bildnachweis
S. 2: Heiko Maas (Thomas Imo/photothek.net)
S. 4: Kiribati – Insel im Pazifik (shutterstock.com)
S. 22: Flaggen der ASEAN-Mitgliedstaaten (shutterstock.com)
S. 27: Schriftzug #MultilateralismMatters (Thomas Trutschel/photothek.de)
S. 28: Zhangjiakou/China – Windräder im Nebel (picture alliance/Costfoto)
S. 34: Straße von Malakka – Frachtschiff (shutterstock.com)
S. 40: Thailand – Karen-Kinder in einer Grundschule (POP-THAILAND/shutterstock.com)
S. 44: Genf/ Schweiz – Palais des Nations (picture alliance/dpa)
S. 46: Indien – Frau in Textilgeschäft (shutterstock.com)
S. 52: Hannover/Deutschland – Roboterarm auf der Hannover Messe (dpa)
S. 58: Seoul/Südkorea – Campus der Ewha Frauenuniversität (happycreator/shutterstock.com)

Gestaltung
Atelier Hauer + Dörfler GmbH, Berlin

Druck
Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.

Das hier verwendete Kartenmaterial dient lediglich der Veranschaulichung.
Es beinhaltet keine offizielle Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland
zu etwaigen umstrittenen Rechtspositionen von Drittstaaten.